

ISRAEL VOR DEN WAHLEN
und die Zukunft der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten

Bericht über eine Informationsreise nach Israel/Palästina
von Alisa Fuss
(Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte)
April/Mai 1992

INHALT

Der Wahlkampf hat begonnen

Jüdische Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Prognosen zum Wahlausgang

Empörte Kritik an den USA

Das demokratische Israel – die Meretz-Koalition

Brit Shivyon (Bund der Gleichen) – eine neue israelisch-arabische Bewegung

Aus der israelischen Presse

PHR – die israelisch-palästinensische Ärzteorganisation für Menschenrechte

Tag der Gefangenen – Prisoner's Day

Besuch in Deheishe, einem der größten Flüchtlingslager in der Westbank

Besuch beim *Women's Action Committee*

Kritik der Frauen an der Intifada-Führung

Kav La'oved – Besuch in Gaza bei der Gewerkschaft

Wie sieht es in der israelischen Friedensbewegung aus?

Besuch beim Anti-Folter-Komitee in Jerusalem

Angriffe israelischer Under-cover-Einheiten

Mann-Sein, Sexismus und Militarismus in Israel

Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“) – Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern

Arafat überlebte die Notlandung seines Flugzeugs – Reaktionen

Stellungnahme des Weltsicherheitsrats zu den Ereignissen in Raffah (Gaza-Streifen)

Kommunalwahlen – Israels Köder

Schluß

Eine Verfassung mit einem Grundrechtskatalog ist dringend notwendig

Zu den Friedensverhandlungen

Der Wahlkampf hat begonnen

Mitte Juni 1992 sind Parlamentswahlen in Israel.

Bei einer Wahlveranstaltung rief Shamir: „In ein paar Jahren redet niemand mehr von der Möglichkeit eines palästinensischen Staates!“ In Judäa und Samaria sowie im Gaza-Streifen würden Hunderttausende von Juden leben. Die Möglichkeit eines territorialen Kompromisses werde in Vergessenheit geraten sein wie ein böser Traum. „Noch ein paar Jahre Likud-Herrschaft, und es wird keine Rede mehr sein von einem Palästinenser-Staat!“ Shamirs Rede wurde von Zurufen wie „Tod den Arabern!“ begleitet.

In den 1967 eroberten Gebieten leben derzeit rund 100.000 neu angesiedelte Juden und 1,75 Millionen PalästinenserInnen. Der Boden der besetzten Gebiete ist zu zwei Dritteln in israelischer Hand. Der jüdische Bevölkerungsanteil dort beträgt, laut einer Verlautbarung im Radio am 9.5.1992, 13 %. Wasser wird den PalästinenserInnen nur so knapp zugeteilt, daß es für eine profitable Landwirtschaft nicht ausreicht. Jede jüdische Neusiedlung hingegen hat ein Schwimmbad und reichlich Wasser für Gärten, Blumen etc. zur Verfügung.

Für die USA, die arabischen Staaten und die Palästinenser ist die Siedlungspolitik Israels in den besetzten Gebieten eines der Haupthindernisse im Nahost-Friedensprozeß.

Jüdische Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Viele alteingesessene Israelis erklärten sich bereit, aus Rußland eingetroffene Familien in der ersten, schweren Zeit mit Rat und Tat beizustehen. Doch in den letzten Monaten, das räumen alle ein, haben Hilfs- und Opferbereitschaft merklich nachgelassen. Zwar wendet sich niemand offen gegen die russischen Einwanderer, doch ist eine gewisse Gleichgültigkeit unübersehbar. Es sind *zu viele* Einwanderer, die keinen Arbeitsplatz finden und Wohnungssorgen haben. Ich habe Juden aus der ehemaligen Sowjetunion freitagnachmittags auf dem Carmel-Shouk in Tel Aviv Gemüsereste sammeln sehen, bevor die Müllabfuhr kam.

Trotz ihres zahlenmäßig großen Gewichts kümmert sich offenbar keine der traditionellen politischen Kräfte um sie. Die neugegründete Partei „DA“ will, so liest man in ihrem Programm, diese Lücke füllen. *DA*, was auf russisch Ja bedeutet, steht auch als Abkürzung für „Demokratie“ und das hebräische Wort für Einwanderung: „Aliya“.

Die alteingesessene Bevölkerung in den Armutsvierteln und Entwicklungsstädten protestiert gegen die in ihren Augen unverhältnismäßigen Zuwendungen für die russischen Juden. Wo bleiben die, die zum größten Teil hier geboren sind und schon seit Generationen hier leben, mit ihren großen Familien?! Derselbe Unmut macht sich übrigens auch gegen die Siedlungspolitik breit, mithilfe der sogenannten Entwicklungsgelder forciert wird, die diese benachteiligten Schichten zu Recht für sich reklamieren. Die Siedler in den besetzten Gebieten bekommen fast kostenlos, jedenfalls zu Spottpreisen, komfortable Häuser und Luxuswohnungen sowie enorme Steuervorteile beschert. Den Armen hat man die subventionierten Schulmahlzeiten gestrichen, sie sind in größere Klassen zusammengedrängt und das Budget ist gekürzt worden, während die Siedlerkinder nach wie vor ihr warmes Mittagessen in der Schule bekommen und in kleinen Klassen, die mit allen elektronischen Hilfsmitteln ausgestattet sind, unterrichtet werden.

Es ist schwer abzuschätzen, wie viele russische Juden die neue Partei wählen werden. Allgemein wird erwartet, daß sie bei den kommenden Parlamentswahlen aus Protest gegen ihre Lage mehr-

heitlich für den Ma'arach (Arbeitspartei) stimmen werden. Leider schwimmt der Ma'arach im Kielwasser des Likud. Auf Straßen und Plätzen hängen große Plakate von Rabin mit Sprüchen wie: Alles für die Sicherheit! – Wir werden die Intifada nicht hereinlassen! – Sie [die Araber] sollen nicht frei unter uns herumlaufen – Mit Terroristen verhandeln wir nicht!

Das Wort Bitachon (Sicherheit) wird immer groß geschrieben. Doch nie wird erklärt, daß echte Sicherheit nur durch Frieden zu bekommen und Frieden nicht ohne Kompromisse zu haben ist. Das heißt: Schluß mit der Okkupation, her mit dem Selbstbestimmungsrecht für die PalästinenserInnen. Möglicherweise denken jedoch Rabin und andere führende Politiker durchaus schon an Kompromisse, zu denen sie von den USA auch gedrängt werden, und wagen es nur im Wahlkampf nicht zu sagen.

Prognosen zum Wahlausgang

Eine Vorhersage zum Wahlausgang ist schwer. Auch in England hat sich gezeigt, daß Vorhersagen nicht zuverlässig sind. Möglich ist, daß der Likud etwas verliert und der Ma'arach etwas gewinnt, so daß beide vielleicht um die 30 bis 35 % lieben. Was dann? Die Meretz-Koalition (aus Mapam, Raz- und Shinui-Partei), also die linksliberalen bzw. Bürgerrechtsparteien, die gegen die Besatzung und für eine demokratische, säkulare Verfassung sind, werden vielleicht zehn bis fünfzehn Mandate bekommen. Auch mit dem Ma'arach zusammen hätten sie dann nicht die Mehrheit und bräuchten wieder die Religiösen in der Koalition. Und die nutzen ihre Stellung immer zu Erpressungen. Die religiösen Parteien Schass und Degel Ha'Thora, die viele aschkenasische Wähler haben, könnten zum Ma'arach tendieren, da auch sie mehr für die Politik der Amerikaner sind als der Likud. Bei den sephardischen Religiösen ist es umgekehrt: Die Führung tendiert zum Ma'arach, die Mitglieder stehen sogar noch weiter rechts als der Likud. Auch eine große Koalition zwischen Likud und Ma'arach wäre möglich – das wäre ein Katastrophe! Doch das wäre nur möglich, falls sich die Mehrheit der Wähler deutlich gegen die USA stellen würden, denn die USA fordern Kompromisse. Erhält einer der beiden Blöcke eine knappe Mehrheit, wäre es wegen der starken Opposition schwierig, Entscheidungen durchzusetzen.

Noch völlig unklar ist, wie die israelischen Araber wählen werden. Die Kommunistische Partei, die bisher das größte arabische Wählerpotential hatte, hat viele Anhänger verloren. Hingegen gewinnt in den besetzten Gebieten die islamistische Hamas auf Kosten der PLO stark an Einfluß. Das ist ein großes Problem für die Führung der Intifada. Bei den Wahlen der führenden Mitglieder in der Handelskammer in Ramallah und im Angestelltenverband des Al-Mukassad-Krankenhauses in Ost-Jerusalem erhielten die Islamisten jüngst jeweils die absolute Mehrheit. Die israelischen Behörden bemühen sich nach Kräften, Konflikte zwischen den Palästinensern wie die Rivalität zwischen der nationalistisch-säkularen PLO und der islamistischen Hamas zu verstärken. So hofft die Besatzungsmacht den Einfluß der PLO zu reduzieren.

Indessen wird die fieberhafte Bautätigkeit zur Judaisierung der besetzten Gebiete fortgesetzt. Der verantwortliche Minister, Ariel Sharon, bestätigte für jüdischen Politikern aus den USA, daß rund 22.000 Wohneinheiten im Bau sind – bedeutend mehr, als die Shamir-Regierung offiziell den Amerikanern mitgeteilt hat. Die Zahl der begonnenen, aber noch nicht fertiggestellten Bauten ist insofern von Bedeutung, als die Bush-Administration alle bereits angefangenen Bauten, einschließlich solcher für die Infrastruktur, nicht berücksichtigt, wenn sie die Kreditgarantien wie vorgesehen von einem Neubaustopp abhängig macht.

Empörte Kritik an den USA

Die israelische Regierung ist empört über diese Verknüpfung. Die USA stellen Israel vor die Wahl: Entweder Kreditgarantien und Stop des Siedlungsbaus, oder keine Kreditgarantien und die Fortsetzung der Besiedlung des Gaza-Streifens und der Westbank, was alle künftigen israelisch-arabischen Verhandlungsmöglichkeiten vereiteln würde. Die israelische Regierung wehrt sich mit alten Argumenten: Wie können die USA es wagen, sich in den israelischen Wahlkampf, in inner-israelische Angelegenheiten einzumischen?! Baker wird als Rassist beschimpft, man hat ihn auch schon des Antisemitismus bezichtigt – dann braucht man ihm nicht mehr zuzuhören! Der stellvertretende Ministerpräsident Benjamin Netanyahu behauptet sogar, Ziel der Amerikaner sei es, Israel „in die Grenzen von Auschwitz“ (sic!) zurückzudrängen – gemeint sind die Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967.

Der Likud-Block wird von Diadochenkämpfen gebeutelt, Einheit, Stärke und Anziehungskraft sind, wenn überhaupt zu sehen, nur Schau. Seine Macht im Staat stützt sich lediglich auf die „mythische“ Vormachtstellung Israels in der Region und das Militärbündnis mit den USA. Nun sieht sich der herrschende Likud ernsthaft bedroht, um so mehr, als die USA kein Hehl daraus machen, daß sie eine von Yitzchak Rabin geführte „Koalition der nationalen Einheit“ für wünschenswerter halten als die Fortsetzung des Shamir-Regimes mit seiner „störrischen“ Koalition der chauvinistisch-expansionistischen Kräfte. Ich sehe allerdings die Gefahr, daß der gefährdete Likud einen Ausweg in spektakulären Militäraktionen sucht, die zumindest kurzfristig eindrucksvoll sind, wenn der Wahltag noch näherrückt. Ich erinnere etwa an die Bombardierung des irakischen Atomreaktors 1981...

Das demokratische Israel – die Meretz-Koalition

Shulamit Aloni, die Vorsitzende der Raz-Partei: „Wir sind drei Oppositionsparteien. Echte Autonomie beinhaltet Bürgerrechte, und das ist genau das, was die israelische Regierung den Palästinensern nicht geben will. Die drei oppositionellen Parteien Raz, Shinui und Mapam sind sich in vielen Forderungen einig, auch über die Notwendigkeit einer Friedenslösung hinaus:

1. Rechtsgarantie für alle israelischen Bürger,
2. die Gesetzesfunktion des religiösen Establishments abzuschaffen,
3. Gleichstellung für Frauen und Minderheitengruppen,
4. Verfassung für alle Bürger und einen unabhängigen öffentlichen Dienst.

Dazu gehört auch der Kampf gegen die Korruption und Vetternwirtschaft, die die politische Kultur zerstören, und zwar in beiden großen Parteien: Likud und Arbeitspartei (Ma'arach).

Wenn wir die Neueinwanderer integrieren wollen, brauchen wir Investitionen, und die kommen nicht ohne Frieden. Bisher sind 55 Abgeordnete für einen territorialen Kompromiß in der ein oder anderen Form. 52 sind strikt dagegen. 13 gehören den ultraorthodoxen Parteien an und können damit die Kräfteverhältnisse beeinflussen. Mit 6 zusätzlichen Mandaten könnte man die politische Landkarte in Israel verändern. Die Unterstützung könnte aus drei Richtungen kommen:

1. von Erstwählern, die gegen den Likud sind, aber auch nicht den Ma'arach wählen wollen. Bei Besuchen in Gymnasien konnten wir eine Unterstützung für die Raz feststellen.
2. von Immigranten aus der ehemaligen UdSSR. Sie sind Opfer der religiösen Bigotterie. Anfangs waren sie wohl mehrheitlich für den Likud – ein Jahr lang finanzielle Unterstützung etc. Doch

heute, bei der massiven Arbeitslosigkeit, zum Teil schon echter Armut, ist das anders geworden.

3. von israelischen Arabern, die sicher nicht den Likud wählen, aber auch Rabin noch in schlechtester Erinnerung haben und wegen der weltweiten Trendwende und der inneren Zerrissenheit dieser Partei auch die Kommunisten nicht mehr wählen werden.“

Viele prominente Schriftsteller, die früher die Arbeitspartei nur gewählt haben, um *gegen* den Likud zu stimmen, haben sich öffentlich für die neue Meretz-Koalition ausgesprochen: Yoram Kaniuk, Sami Michael, Nathan Shacham, Yitzchak Ben Ner, Oded Kotler, Amnon Rubinstein, Amos Oz. Letzterer forderte „ein Palästina für die Palästinenser, damit die Israelis endlich den Staat Israel zurückerhalten“. Die Neueinwanderer aus der Sowjetunion bräuchten „ein Heim und keine Bunker“. Noch einmal Shulamit Aloni: „Als die Vereinten Nationen 1948 Israel anerkannten, zählten sie 50 Mitglieder. Heute sind es mehr als dreimal soviel, auch ohne die Staaten der GUS und des früheren Jugoslawien. Unsere Epoche ist eine Zeit der Selbstbestimmung der Nationen, und es ist ironisch, daß gerade Zionisten den Palästinensern dieses Recht verwehren. Es ist nicht an uns zu entscheiden, ob die Palästinenser eine Nation sind oder nicht. Die Völker entscheiden darüber selber, genauso wie wir seinerzeit.“

Brit Shivyon (Bund der Gleichen) – eine neue israelisch-arabische Bewegung

Grundsätze:

Israel sollte nicht nur der Staat der Juden, sondern aller in ihm lebenden Menschen sein, von Juden, Arabern und anderer ethnischer Minderheiten. Nicht Homogenität der Bevölkerung sollte angestrebt werden, sondern Gleichberechtigung aller darin lebenden Gruppen: Juden wie Araber, Frauen wie Männer, Orientalen wie Ashkenasim, Weltliche und Religiöse aller Konfessionen müssen sich frei ausdrücken können. Alle Gesetze, die irgendeine Gruppe diskriminieren, müssen abgeschafft werden: das Rückkehrgesetz, die Boden- und Familiengesetze ebenso wie alle von der englischen Mandatsmacht übernommenen Sicherheitsverordnungen. Der Staat muß sich eine Verfassung geben, die allen Bürgern vor dem Gesetz die gleichen Möglichkeiten zubilligt.

Israel müßte sich als integralen Teil des Nahen und Mittleren Ostens begreifen, und was die Palästinenserfrage angeht, die Lösung: Zwei Staaten für zwei Völker anerkennen. Es sind demokratisch kontrollierte Überwachungsorgane gegen die Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen in einer aggressiven Männergesellschaft (sowohl bei den Juden wie bei den Arabern) einzusetzen. In beiden Bevölkerungsgruppen muß es eine Trennung von Staat und Religion geben. Selbstbestimmung der arabischen Minderheit im israelischen Staat auf der Basis von Gleichberechtigung, *nicht statt* Gleichberechtigung.

Die Bewegung soll nicht zentralistisch sein, es soll überwiegend dezentrale Aktivitäten geben, die bestimmte Themen aufgreifen: die allgemeinen Menschenrechtserklärung soll auf Arabisch und Hebräisch in der Bevölkerung verbreitet werden, ebenso detaillierte Informationen zum Arbeitsrecht. Lehrpläne für die arabische Bevölkerung sollen erarbeitet werden. Eine Zeitung in arabischer Sprache ist schon in drei Nummern erschienen, die erste hebräische Ausgabe erscheint dieser Tage. An der Gründungsversammlung in Haifa haben ca. 300 Menschen teilgenommen, ein Drittel davon Juden. Die Aktivisten arbeiten bisher ohne Zuschüsse, ausschließlich ehrenamtlich, und die notwendigen Mittel kommen aus Spenden. Der Vorstand besteht aus 15 Personen, das Aktiv-Komitee zählt derzeit 60, je zur Hälfte AraberInnen und JüdInnen – unter den letzteren viele Sepharden, die

sich von der Bewegung auch eine Verbesserung ihrer eigenen (Diskriminierungs-)Situation erhoffen.

Einer der führenden Köpfe dieser Bewegung ist Azmy Bishara, der schon verschiedentlich an Israel-Palästina-Veranstaltungen hier in Berlin teilgenommen hat. Er ist Philosophiedozent an der Bir-Zeit-Universität und am Van-Leer-Institut in Jerusalem und war früher in der Kommunistischen Partei, aus der er 1980 ausgetreten ist. In einem Interview mit der Zeitung *Chadashot* erklärte er auf die Frage, als was er sich denn fühle, als Palästinenser, Weltbürger oder Israeli: „Ich bin Israeli nach meiner Staatsangehörigkeit und Palästinenser nach meiner nationalen Identität. Es ist weder gut noch schlecht, Palästinenser zu sein. Man ist es. Ich fühle mich als Humanist. Ich träume arabisch oder auch hebräisch; wenn ich philosophiere, denke ich deutsch. Vor einigen Tagen dozierte ich vor Studenten in der YMCA in Ramallah. Plötzlich stürmten israelische Soldaten in den Saal und begannen, auf den Köpfen der Studenten Stühle zu zertrümmern. Wie ich mich da gefühlt habe? Wie ein linker Israeli, der sich des Verhaltens der Soldaten seines Staates schämt, wie die meisten Leute von Shalom Achshav, die auch dagegen protestieren? Ich fühlte mich ganz als Palästinenser – die Soldaten hätten die Stühle auch auf meinem Kopf zerschlagen können.“

Seiner Meinung nach kann nur eine gemeinsame linke Bewegung von Juden und Arabern – christlichen und moslemischen, Drusen, Tscherkessen und wer sonst noch hier lebt – zu einer Neuorientierung der Politik in Israel führen. Durch den Niedergang mancher linker Parteien sei ein Vakuum entstanden, und der Brit Shivyon könnte diese Lücke füllen und zieht neue Menschen an wie etwa Prof. Baruch Kümmerling, Soziologe an der Universität Tel Aviv, Hannah Knaz aus dem Kibbutz Gan Shmu'el und andere. Vorläufig solle sich die Bewegung nicht als Partei konstituieren.

Die Linken hätten sich bisher auf die grundlegende Frage einer politischen Lösung des Palästina-problems konzentriert: Zwei Staaten für zwei Völker. Doch es ist kein palästinensischer Staat in Sicht, nicht einmal eine Autonomie, die diesen Namen verdient. Bishara meint, man sei vor allem deshalb nicht weitergekommen, weil man ins Zentrum nicht die Wahrung der unverbrüchlichen Menschenrechte gestellt hat. Hätte man das Hauptgewicht darauf gelegt, wären zumindest punktuelle Verbesserungen erreicht worden. Diese Einsicht hätten vor allem die Neueinwanderer aus den USA – Rabbiner und feministische Frauen – mitgebracht, aber auch Kibbutz-Mitglieder teilten sie. Wir werden hoffentlich noch von dieser Bewegung hören!

Aus der israelischen Presse

Ha'aretz vom 3.5.1992: Ida Nudel und Nathan Sharansky waren in der ganzen Welt als furchtlose Kämpfer für die Menschenrechte in der ehemaligen Sowjetunion bekannt. Sie saßen im Gefängnis oder unter Hausarrest und gehörten zu den engen Freunden von Andrej Sacharow. Die Welt sah ihren Kampf für die Auswanderung der sowjetischen Juden nach Israel als Kampf für die universalen Menschenrechte an. Und nun?

Ida Nudel ist *für* die Ansiedlung russischer Juden in der Westbank, und Sharansky kann gar nicht begreifen, was die Palästinenser denn noch wollen – da sie doch ihre Sprache sprechen dürfen, während Hebräisch in der UdSSR verboten war. In ihrer neuen Heimat schweigen sich die beiden über die Menschenrechte aus. Ein arabischer Dichter wird wegen seiner Gedichte verurteilt – wo sind sie? Tausende von Palästinensern sitzen ohne Gerichtsurteil in Gefangenenlagern – sie schweigen. Abi Nathan war monatelang als politischer Gefangener inhaftiert – von den beiden kein

Kommentar. Viele Palästinenser in den besetzten Gebieten haben keine Pässe oder Ausweise und sind damit faktisch staatenlos (und rechtlos) – kein Wort von den beiden! Palästinensische Schulen und Universitäten werden jahrelang geschlossen, ihre nationalen Symbole oder Fahnen sind bei hoher Strafe verboten, Versammlungs- und Redefreiheit sind ein schlechter Witz – und die beiden Freiheitskämpfer von gestern schweigen.

Vor einigen Wochen verbrannten israelische Besatzungssoldaten in der Universität von Hebron Hunderte von Büchern, einschließlich Gebetbüchern. Woran erinnert uns das?

Meron Benvenisti, der ehemalige stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem: „Auf beiden Seiten der ‚Grünen Linie‘ konsolidiert sich die Rassentrennung mehr und mehr. Sie gleicht derjenigen, die in den 50er und 60er Jahren in Südafrika geherrscht hat.“

Aufruf gegen atomare Aufrüstung

Sowohl das Nuklearwaffen-Monopol, das Israel im Nahen Osten hat, als auch die Verbreitung dieser Waffengattung ist äußerst gefährlich. Das Monopol insofern, als es ein falsches Sicherheitsgefühl vermittelt: Man könne diese Waffen eines Tages einsetzen und selbst unbeschadet daraus hervorgehen. Andererseits ist es nicht weniger furchteinflößend, wenn nicht nur Shamir und Sharon, sondern auch Assad und Saddam Hussein auf den Knopf drücken könnten. Es ist also sehr wichtig, die Diskussion darüber öffentlich zu führen. Das wäre auch ein Kampf für ein Mehr an Demokratie in Israel.

General Amnon Shahak, stellvertretender Generalstabschef, sagte dazu am 17.4.1992: „Ich glaube, der Staat Israel muß all seine Energie darauf verwenden, die Entwicklung von Nuklearwaffen in den arabischen Staaten zu verhindern. Meiner Meinung nach sind dazu die meisten, wenn nicht gar alle Mittel kosher.“

Vanunu-Komitee

„Dafür, daß er die Atom-Rüstung Israels veröffentlichte, gebührt ihm Dank und nicht 18 Jahre Isolationshaft. Wir fordern seine Freilassung und zugleich die Zerstörung der Hunderte von israelischen Atomwaffen als ersten Schritt zu einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten. Wir rufen alle Knesset-Abgeordneten, die sich dem Friedenslager zurechnen, dazu auf, die Frage der Atomwaffen in den kommenden Wahlen zu thematisieren und die Forderung in ihr Programm aufzunehmen, den Reaktor in Dimona für internationale Kontrollinspektionen zu öffnen.“ Gideon Spiro und Chaim Bar-Am

Landenteignung – Prof. Assa Kasher

Schon Mitte der 50er Jahre hat Israel große Flächen arabischen Landbesitzes enteignet, vor allem in Galiläa. Das Land wurde zum öffentlichen Gebrauch enteignet und an Kibbutzim und Moshawim übergeben, um neue jüdische Siedlungen und Städte zu bauen.

Dazu der Menschenrechtsanwalt Avigdor Feldmann: „Das Oberste Gericht hatte sich damals mit Dutzenden von Klagen gegen die Beschlagnahmungen zu befassen. Das Bild war immer das gleiche: Immer wurde Land von Arabern beschlagnahmt und an Juden übergeben. Das war der sogenannte ‚öffentliche Gebrauch‘ (for public use)!“

Konfiszierung von Personalausweisen

Aus dem *Ha'aretz*: Ein typischer Fall der Konfiszierung von Personalausweisen, zusammen mit anderen bürokratischen Schikanen, ist der der Familie H. aus dem Dorf Silwan bei Jerusalem. Über das Dorf wurde der Ausnahmezustand verhängt. Um 4 Uhr früh wurden alle Männer über 16 Jahre in den Hof der Dorfschule beordert. Dort überprüften Offiziere, wer noch Steuerschulden hatte. Sechs Angehörige der Familie H. waren mit den Zahlungen im Rückstand. Daraufhin wurden ihre Personalausweise einbehalten und sie wurden bis 13 Uhr in einem Klassenzimmer festgehalten. Als dann die Ausgangssperre aufgehoben wurde, brachte man die Sechs ins Büro der Zivilverwaltung, wo sie bis zum Abend bleiben mußten (die ganze Zeit ohne Essen, versteht sich). Bei ihrer Entlassung wurden ihnen die Ausweise nicht zurückgegeben. Ohne Ausweis zu sein heißt: überall aufgegriffen werden zu können, nicht in Israel arbeiten zu dürfen, verhaftet und mit Geldstrafen und Gefängnis bestraft werden zu können. Noch viermal kehrten die Sechs zum Büro der Zivilverwaltung zurück. Vergeblich. Nach einem Monat wandten sie sich an *Hotline*, die den Fall an die ACRI (*Association for civil rights in Israel*) weitergaben, die ihn ihrerseits zusammen mit einer Liste von ähnlichen Fällen an den für die besetzten Gebiete zuständigen Staatsanwalt weiterleitete.

Postgeheimnis

Aus *Davar* (einer dem Ma'arach nahestehenden Zeitung): Ein Angestellter der israelischen Postbehörde, der anonym bleiben möchte, berichtete unserer Zeitung, daß sehr oft private Post geöffnet wird, die von Neueinwanderern aus der ehemaligen UdSSR an ihre Verwandten in der früheren Sowjetunion geschickt wird. Ca. 200 Postangestellte seien dafür eingesetzt. Der Sinn ist offenbar, Informationen darüber zu erhalten, was die Neueinwanderer über ihre Situation und ihre Einstellung zum israelischen Staat schreiben und wie sie ihre Einwanderung nach Israel beurteilen. Nach dem israelischen Gesetz ist das Öffnen von Post durch Personen, an die die Postsendung nicht adressiert ist, eine strafbare Handlung, die mit Strafen bis zu sechs Monaten für Privatpersonen, für Postangestellte bis zu drei Jahren Haft geahndet wird. Einzige Ausnahme: die Militärzensur. Gemäß den Sicherheitsbestimmungen (Defense Regulations) ist diese Behörde ermächtigt, Postsendungen zu öffnen, ihre Auslieferung zu verzögern oder sie sogar zu vernichten, wenn diese der öffentlichen (der Gesellschafts-?) Ordnung schaden können.
Sind wir schon so weit??

Aus Ha'aretz, frei nach dem Schriftsteller Yizchar Smilansky:

Wie in den frühen Zeiten der Kolonisation überall in der Welt, kamen die Missionare vor den Soldaten, und die Bibel rechtfertigte die Okkupation. Wenn man die besetzten Gebiete „Judäa“ und „Samaria“ nennt, ist dieser aus der Bibel abgeleitete Anspruch nichts anderes als die selbstgerechte Heuchelei der Kolonisatoren überall sonst. Auch hier fängt es mit der Veränderung, in diesem Fall Hebraisierung der Ortsnamen an und endet mit der Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung. Der biblische Name verschleiern und verdeckt, daß es um Plünderung, Raub und Verbannung geht. Würde ein Jude jemandem erlauben, in sein Haus, seinen Hof einzudringen, an seinem Platz zu siedeln, ohne daß er zumindest versuchen würde, das zu verhindern? Würde er auf jede Art von Widerstand verzichten und dem Eindringling nicht entgegentreten? Und wenn doch: Würde der Jude dann sich selbst als Mörder, Terroristen, Aufrührer bezeichnen, oder würde er wissen, daß er seine eigene Existenz verteidigt in diesem ungerechtesten aller Kriege? Gewalt wird keine Lösung

bringen. Eine Lösung kann es nur geben, wenn sie vom beiderseitigen Wunsch, von der beiderseitigen Bereitschaft zu Konzessionen und Kompromissen getragen wird. Feuer kann Feuer nicht löschen, Gewalt nicht Gewalt ausmerzen. Statt Menschen der besetzten Gebiete des Landes zu verweisen müssen die eingedringenden Siedler aus Silwan hinausgeworfen werden. Der größte Feind des Staates Israel und des jüdischen Volkes heute ist die gegenwärtige Regierung unter der Führung des amtierenden Premierministers. Deren Politik ist der größte Feind für die Zukunft Israels.

Yael Dayan im Al Ha'Mishmar vom 7.2.1992:

Yael Dayan, Tochter des berühmt-berüchtigten, inzwischen verstorbenen Generals Moshe Dajan, Mitglied der Arbeitspartei und konsequente Friedenskämpferin, zum Muttertag:

„Ich kann den Muttertag nicht ausstehen. Verschont mich mit Frühstück im Bett und schön eingepackter Parfümseife! Wann ist für die *Frauen in Schwarz* Muttertag? Jeden Freitag, wenn sie bespuckt und mit obszönen Gesten bedacht werden? Wann für die Mütter der im Libanonkrieg getöteten Soldaten oder für die Kinder, deren Mütter getötet wurden? Die Witwe von Mustafa Aqawi, der in einem Sicherheitsgefängnis zu Tode gefoltert wurde, hat den mißhandelten Körper ihres Mannes am Muttertag erhalten. Das hat nichts mit Parfümseife zu tun. doch mit dem ‚moderaten physischen Druck‘, der laut Obberichter Dr. Landau gegenüber palästinensischen Gefangenen erlaubt ist. [Ich komme noch darauf zurück. A.F.]

Und da ist die Witwe von Awad Bakkit, eine Mutter von sechs Kindern, der ebenfalls am Muttertag die Leiche ihres Mannes überstellt wurde, von Kugeln durchsiebt, die vom Militär ‚versehentlich‘ auf einen arabischen Bus in der Nähe des Gaza-Streifens abgefeuert worden waren. Diese Woche wurde auch der Körper eines 12jährigen Jungen seiner Mutter in einem Flüchtlingslager bei Nablus übergeben, mit einer Kugel im Kopf. Auch das war ein „Versehen“, und das Militär stellt nun Nachforschungen an.

Shafik Habib inhaftiert

Ha'aretz vom 27.4.1992 meldet: Der israelisch-arabische Dichter Shafik Habib ist zu 8 Monaten Haft auf Bewährung einer Geldstrafe von 7.500 Shekel verurteilt worden, weil er Gedichte über die Intifada und das Militär geschrieben hat – aufgrund von Gesetzen, die 1948 von der englischen Mandatsmacht übernommen wurden. Angeklagt wurde er wegen eines Gedichtbands „Zurück in die Zukunft“. Alle Exemplare wurden beschlagnahmt. Die bekannten jüdisch-israelischen Schriftsteller Amos Oz, A.B. Yehoshua sowie der arabisch-israelische Dichter Emile Habibi protestierten – ohne Erfolg.

Emile Habibi, dem vor kurzem der Israel-Preis für arabische Literatur verliehen wurde, konsequenter Nonkonformist und politisch ein Verfechter des „sowohl als auch“, bezeugt seine innere Zerrissenheit in dem Roman „Der Peptimist“, der inzwischen in 12 Sprachen übersetzt wurde. Auch um den an ihn verliehenen Israel-Literaturpreis für arabische Literatur hat es viel Wirbel gegeben. Viele Palästinenser verübelten es ihm, daß er zu einer Zeit, da die Friedensverhandlungen stagnieren und die Unterdrückung fortbesteht, einen Preis aus der Hand von Shamir annimmt. Auf der anderen Seite wurde er von rechten Israelis beschimpft und ausgebuht, weil er seinen Preis dem Krankenhaus Al-Mukassad in Ost-Jerusalem, als den Opfern der Intifada, zugutekommen lassen will. Schließlich, wiederum aus der Reihe tanzend, sagt Habibi, er habe Zustimmung ganz offiziell von der PLO, nicht von dem Dichter Mahmud Darwish bekommen, und er sehe in dem Preis die An-

erkennung, daß es eine eigenständige arabische Literatur in Israel gibt, und verstehe ihn als Würdigung seines lebenslangen Eintretens für jüdisch-arabische Koexistenz.

Das ist ein Dilemma. Meines Erachtens sind beide Standpunkte vertretbar.

Shulamit Aloni – in Al Ha'Mishmar vom 2.5.1992:

Shulamit Aloni, die Vorsitzende der RAZ-Partei, fragt: „Wo sind die Künstler und die Intellektuellen, wenn die Menschenrechte verletzt werden? Warum haben nicht alle ihre Stimme erhoben für den Dichter Shafik Habib? Unter dem britischen Mandat scheint es mehr Redefreiheit gegeben zu haben als heute! Ich habe auch keine Proteste gehört, als man den russischen Künstlern [Neueinwanderern] verbot, ihre Bilder auszustellen, da – nach Mehrheitsbeschluß in der Knesset – die Darstellung von nackten Körpern „abscheulich“ und „unmoralisch“ sei.

Bericht der Kontrolleurin des Staatshaushalts, Miryam Porat

Artikel von Uzi Bensiman im *Ha'aretz* vom 28.4.1992

Miryam Porat hat grobe Unregelmäßigkeiten und private Bereicherungen bei den Ministerien für Wohnungsbau, Erziehung, Gesundheit, Militär, Integration von Neueinwanderern aufgelistet. Sie nennt die Verantwortlichen für die Finanzen unverantwortlich und unbeherrscht, wirft ihnen private Bereicherung vor, aufgeblasene Rechnungen für sogenannte Geschäftsessen, für Nachtclub-Besuche, Wochenendurlaube mit Ehefrauen in Luxushotels, wie etwa bei der Wohnungsbaugesellschaft für Sozialwohnungen AMIDAR ein Wochenende für 30.000 Dollar. Mit am schlimmsten hat sich die religiöse Schass-Partei aufgeführt bzw. deren Knessetabgeordneter Ya'ir Levy und ihre beiden Minister Arye Dery und Raffael Pinchasy und deren Untergebene. Frau Porat schreibt: „Diese Leute meinen, der Staat gehöre den Parteien und sie könnten sich selbst bedienen.“ Das Ministerium für Neueinwanderer gebe fast alles Geld an die religiösen Parteien, statt es gleichmäßig an alle zu verteilen. Pessach-Pakete an Bedürftige wurden nach Listen verteilt, auf denen bereits verstorbene Personen aufgeführt sind. Der Tsahal (das Militär) hat im Golfkrieg z.T. verrottete Gasmasken an die Bevölkerung ausgegeben. Dem Wohnungsbauminister Sharon warf sie unkontrollierte Vetternwirtschaft vor.

Der Artikel endet mit dem Satz: „Wem das Geld zu Kopfe steigt, der verliert jegliches Maß.“

Ha'aretz, 30.1.1992:

Aharon Dom, führendes Mitglied der Siedlungsstadt Kirjat Arba bei Hebron, sagt: „Unter uns gesagt, sie [die Palästinenser] haben gewonnen. Nicht gewonnen in dem Sinn, daß wir ab morgen nicht mehr in Kirjat Arba oder Ma'ale Adumim sein werden. Aber sie haben in dem Sinn gewonnen, daß wir in den Augen der Welt die Besatzer sind und sie die Unterdrückten: Wir kamen, um *ihr* Land zu rauben, nicht, um *unseres* zu besiedeln. In diesem Sinn haben sie gewonnen, und es ist dieser Sieg, der alles andere in den Schatten stellt.“

General Rafael Eitan (Tsomet-Partei): „Die Araber in Israel sind *der* Feind, bis sie das Gegenteil beweisen. Ein konkreter Vorschlag: Jemandem, der nicht im israelischen Militär dient [was die arabischen Israelis nicht tun, A.F.], sollte auch nicht erlaubt werden, für die Knesset zu wählen.“

PHR – die israelisch-palästinensische Ärzteorganisation für Menschenrechte

Besuch in der Westbank: Qalqilya, Tulkarem, Nablus. Wir sind mit Dr. Ruchama Marton und einer arabisch-israelischen Studentin von Tel Aviv in den Kibbutz Yakum gefahren, um Dr. Me'ir Liron abzuholen, den Leiter einer Inneren Abteilung des Ichilov-Krankenhauses – der größten Klinik in Tel Aviv – abzuholen. In Qalqilya ließen wir unser Auto mit den israelischen Nummernschildern stehen und stiegen in eines mit Westbank-Kennzeichen um, das uns ein arabischer Medizinstudent zur Verfügung stellte. Dieser Student erkundet auch immer, wo Menschen ohne Krankenversicherung medizinische Hilfe benötigen – die meisten Menschen in den besetzten Gebieten haben keine Krankenversicherung. Unterwegs sind überall neue Siedlungen der von Arik Sharon geförderten Siedlerbewegung Gush Emunim zu sehen. In Nablus waren wir in einer chirurgischen Klinik mit einigen Betten zu Gast, die ein sehr gut Hebräisch sprechender palästinensischer Arzt leitet, der auch als Übersetzer fungierte. Es wartete dort schon eine Anzahl Patienten auf uns, denn unser Besuch war angekündigt. Ein Vater stellte seine zwölfjährige Tochter vor, die sich bis zu ihrem fünften Lebensjahr normal entwickelt hatte, dann aber starke Beschwerden in den Armen, vom Ellbogen abwärts bekam. Dr. Liron beschloß, sie zur Diagnostik in sein Krankenhaus mitzunehmen. Dann war da ein Patient, selber Arzt, der im Gefängnis auf den Kopf geschlagen worden war und nun nach und nach seine Sehkraft verliert. Er sieht nur noch ca. einen halben Meter weit und kann nicht mehr allein auf die Straße gehen usw. Auch er ist nicht versichert. Dr. Liron wird arrangieren, daß ihn ein guter Arzt vorerst kostenlos „als Berufskollegen“ behandelt, bzw. erst einmal diagnostische Untersuchungen macht. Zwei weitere, optimistisch stimmende Fälle: Ein ehemaliger Häftling des Lagers Ansar mit Hodenkrebs, der dort keinerlei medizinische Hilfe bekommen hatte, weil es keine gab, wurde auf Vermittlung der Ärzteorganisation PHR in England operiert, und ist nun beschwerdefrei. Ein zwölfjähriger Junge, der Wasser in den Lungen hatte. Sein Vater wurde von den Ärzten angeleitet, ihm regelmäßig bestimmte Spritzen zu geben – er ist heute gesund. Selbstverständlich waren aber auch Menschen da, denen nicht geholfen werden konnte.

An der Tankstelle in Qalqilya wechselten wir wieder das Auto. Mit uns war ein jüdischer Arzt und eine junge Ärztin, Mutter von drei kleinen Kindern, die einmal im Monat ihren Shabbat für diese medizinische Hilfe opfert. Wir trafen uns dort mit fünf palästinensischen Ärzten und dem Medizinstudenten, den wir schon von unserem vorigen Besuch in Nablus her kannten und der für uns dolmetschte. Zusammen fahren wir nach Tulkarem, wo wir eines der 35 Zentren des Medical Relief Committee in den besetzten Gebieten besuchten. Es ist eine Poliklinik, die täglich geöffnet ist und eine große Mutter-Kind-Betreuungsabteilung hat. Im Korridor saßen etwa 50 bis 60 Menschen, die auf einen Arzt warteten. Geplant war die Klinik eigentlich nur für täglich 25 bis 30 Patienten. Die Patienten bezahlen einen kleinen symbolischen Betrag, Familien von Häftlingen und Bedürftige werden ganz kostenlos behandelt. Ggf. werden die Patienten in Krankenhäuser überwiesen, wobei immer die Kostenfrage ein Problem ist, denn die meisten sind nicht krankenversichert. Die Klinik hat mehrere Abteilungen: Innere Medizin, Allgemeinmedizin, eine für Kinder, eine für Diabetiker und eine für Haut- und Augenkrankheiten. Auch ein Labor ist vorhanden.

Zu unserer nächsten Station, Anabta, nahmen neu hinzugekommene Ärzte große Kartons mit den verschiedensten Medikamenten mit, es waren zum größten Teils Spenden oder mit Spendenmitteln gekaufte Medikamente, die eine mittlere Apotheke hätten füllen können. In Anabta stießen noch zwei Schweizer zu uns: einer von der dortigen oppositionellen „Jüdischen Gruppe“ mit einer Photographin, die eine Ausstellung vorbereitet, und ein Freund der Jüdischen Gruppe Berlin. Wir fanden

in Anabta ein gut gepflegtes, schönes, einstöckiges Gebäude vor, das bereits 1965 von der Women's Charity Association gebaut worden war. Es hat zehn Räume für 120 Kinder im Alter von 3-6 Jahren, eine Krippe mit Betten für 14 Kleinkinder von berufstätigen Müttern. Es gibt acht bis zehn Kindergärtnerinnen, in der Krippe arbeiten zwei Frauen. Alle erhalten eine warme Mahlzeit pro Tag. Es gibt auch eine Gruppe von ca. zehn behinderten Kindern (offensichtlich mit mehrfachen Behinderungen).

Bei unserer Ankunft gegen Mittag wurden die Kinder, soweit sie nicht nach Hause gingen, auf den Spielplatz oder in drei Räume geschickt, fünf Zimmer wurden die Ärzte freigemacht. Pro Fachgebiet arbeiteten jeweils ein jüdischer und ein arabischer Arzt zusammen, und die Patienten, überwiegend Frauen, wurden ihnen nach einer zuvor erstellten Liste geschickt. Die Behandlung ist unentgeltlich. An diesem Tag gab es Beschwerden wie Bluthochdruck, Atembeschwerden, Gelenkrheumatismus, Rückenschmerzen, Diabetes. Auch Operationswunden wurden nachbehandelt. Auf Gesundheitsvorsorge wird großes Gewicht gelegt, es liegen bunte Faltblätter mit Informationen über Würmer, Hautkrankheiten, Durchfallerkrankungen, Hygiene, Mutter-Kind-Pflege etc. aus. Erstaunt hat mich besonders die große Zahl älterer Menschen. Auf meine Frage erfuhr ich, daß es ein besonderes Programm für alte Menschen gibt. Neben der medizinischen Versorgung findet eine Art Sozialarbeit statt. Es werden warme Mittagsmahlzeiten ausgegeben, und wenn jemand zu krank ist, um herzukommen, werden sie ihm auch nach Hause gebracht. Auch die Reparaturarbeiten am Haus – nach dem vergangenen strengen Winter besonders nötig – gehören mit zum Programm.

Anschließend hatten wir ein Gespräch mit der Leiterin des Projekts und dem Team. Es war das typische Bild einer Männergesellschaft: Auf den bequemen Sesseln an den Wänden des Büros hatten die Männer – Ärzte und andere, die auch dort arbeiten – Platz genommen. Wir sechs, die von außerhalb gekommen waren – die anderen waren schon in Richtung Jerusalem abgefahren –, betraten den Raum, als nur noch ein Sessel frei war. Da schleppten doch die Frauen, die anwesenden Kindergärtnerinnen und Pflegerinnen, von überallher Stühle in den Raum, damit wir uns setzen konnten. Von den Männern bekam keiner den Hintern hoch: sie grinnten freundlich und ließen die Frauen schleppen. Bei dem informativen Gespräch blieb alles, was mit Familienplanung zusammenhängt, eine offene Frage. Anscheinend ist das ein Tabu-Thema. Auf die Frage, ob eine Frau, die nicht mehr schwanger werden will, deren Mann aber anderer Auffassung ist, hier vom Zentrum, das ja auch für Frauenfragen zuständig ist, Hilfe bekommen könne, erhielten wir nur ausweichende Antworten, z.B.: „Wir besprechen in der Gruppe jeden Fall einzeln.“ Aber einen Gynäkologen oder ärztliche Beratung gibt es im Dorf nicht. Da müsse frau nach Nablus fahren. Uns waren klar, wie schwierig es unter diesen Umständen für eine Frau ist, sich entsprechende Hilfe zu holen. Wie soll eine Bauersfrau das schaffen, ohne Begleitung des Ehemannes oder sogar gegen seinen Willen zum Arzt zu fahren? Oder soll sie diese Probleme in einer Gruppe besprechen, damit dann am nächsten Tag das ganze Dorf davon erfährt? Unmöglich! Kurzum, es tut sich nichts auf diesem Gebiet. In den arabischen Dörfern innerhalb Israels ist das anders: Dort können sich die Frauen bei der Krankenkasse [die in Israel immer auch Ambulatorien unterhält], durch die allgemeine Aufklärung oder Bekanntschaft mit Jüdinnen Rat holen. Hier in Anabta gibt es das alles nicht. Und für die jüdisch-israelischen Ärzte ist es sehr schwer, dieses Thema hier offen anzusprechen, ohne in den Verdacht zu geraten, sie wollten die Geburtenziffern der arabischen Bevölkerung senken. Doch eine Ärztin erzählte mir im Vertrauen, sie habe einer Frau auf deren Bitte die Pille verschrieben. Doch das erzählte sie mir nur unter vier Augen. Es ist alles sehr kompliziert. Das angegliederte Frauenzentrum

bietet zwar auch Kurse an, aber leider nur die traditionellen: im Nähen, Sticken, Töpfern und Alphabetisierungskurse.

Tag der Gefangenen – Prisoner's Day

Vor dem Frauengefängnis in Tel Mond wurde von der Frauenorganisation für politische Gefangene (WOFPP) eine Demonstration organisiert. Der Bus aus Jerusalem mit 60 Plätzen war voll. Es waren vor allem Palästinenserinnen gekommen, Mütter und Schwestern von Gefangenen, oder Frauen, die selbst dort eingesperrt hatten. Einige kannte ich von Photos, die ich bei der Organisation gesehen hatte. So die Frau mit der von Schlägen gebrochenen Nase und die Mutter von Intissar El Qaq, die ihr Baby gefesselt im Gefängnis geboren hatte. Als das Baby ein Jahr alt wurde, durfte es laut den Bestimmungen nicht mehr im Gefängnis bleiben, und Intissar übergab es ihrer Mutter. Ein Drittel der Frauen waren jüdische Israelinnen, wobei zu betonen ist, daß es ein normaler Arbeitstag war.

Wir standen mit unseren Plakaten gegen Folter und für die Freilassung einer krebserkrankten Gefangenen entlang der sehr verkehrsreichen Straße vor dem Gefängnis. Dann gingen wir um den ganzen Komplex herum, bis die Zellengebäude in Sicht kamen. Die Gefangenen wußten offenbar von unserer Demonstration und winkten uns mit bunten Tüchern und Kleidungsstücken aus den Zellenfenstern zu. Wir winkten natürlich zurück, bis wir vom Gefängnispersonal vertrieben wurden. Zum Schluß bedankte sich die Mutter der krebserkrankten Gefangenen Rabiha Shetai sehr herzlich bei uns für die erwiesene Solidarität. Sie erzählte von den Torturen, die ihre Tochter durchmachen mußte, daß man sie bei strenger Winterkälte im Gefängnishof angekettet hatte und ihr fast die Fesseln an die Hände anfroren.

Am 14.4.1992 fand dann ein von den WOFPP vorbereitetes Treffen in Jerusalem statt, an dem sich entlassene Gefangene und Familien von Gefangenen beteiligten. „Ehregast“ war Wattan, das Baby von Intissar El Qaq.

Besuch in Deheishe, einem der größten Flüchtlingslager der Westbank, in der Nähe von Bethlehem

Der Besuch galt der schon im Lager geborenen Ehefrau und den zwei Kindern eines Palästinensers, der jetzt in Berlin studiert. In diesem von einer Mauer umgebenen Lager leben ca. 10.000 Menschen auf engstem Raum zusammen. Die Abwässer fließen zum Teil offen durch die engen Wege zwischen den Häusern. Doch in der engen Wohnung ist alles reinlich – für die Bewohner ein Anliegen, um sich ihre Selbstachtung, ihre Menschenwürde zu bewahren. Wie muß sich wohl der alte Vater fühlen, ein Bauer aus einem Dorf, das von der Landkarte verschwunden ist, der hier seinen Lebensabend zubringt, oder die Jugend, die hier aufwächst und das Leben von einst nur aus den Erzählungen der Alten kennt?! Trotzdem wurden wir als Gäste aufs herzlichste empfangen, wohin wir auch kamen, wurde Frieden für Araber und Juden gewünscht, und wir wurden mit schmackhaften Speisen bewirtet, die sich die Menschen wahrscheinlich vom Munde abgespart haben. Sie wissen wohl zu unterscheiden zwischen Siedlern und Soldaten auf der einen und „normalen“ Israelis, die sie besuchen kommen, auf der anderen Seite. Freundinnen von mir hatten Kleidung und Spielzeug gesammelt, die im Lager verteilt werden. Im Lager gibt es eine Art von eigenem Sozialdienst.

Besuch beim Women's Action Committee in Beth Chanina bei Jerusalem und in Beit Sahour bei Bethlehem

Die Vorsitzende des Komitees versuchte zwar immer wieder, die Einigkeit und die Gemeinsamkeit des palästinensischen Volks in der Intifada darzustellen, doch sie mußte zugeben, daß viele Fehler begangen worden sind, daß es nicht immer demokratisch zugehe und das Los der Frauen immer schwerer werde. Das Komitee versucht deshalb, kleine Projekte zu initiieren, die sich selbst erhalten können und in denen eine gewisse Zahl von Frauen ihren Lebensunterhalt verdienen kann. Wir sahen eine Ausstellung von Stickerei- und Email-Arbeiten. Manche der Frauen, die uns begleiteten und unverschleiert waren, erzählten, so könnten sie in Gaza nicht auf die Straße gehen, dort würden sie wahrscheinlich von den Männern angegriffen. Keine Frau wage sich dort mehr unverschleiert auf die Straße.

Dann besuchten wir das Projekt in Beth Sahur bei Betlehem. Dort wird Marmelade aus dort angebautem Obst hergestellt, die sich gut verkaufen läßt. Inzwischen stellen sie auch andere Lebensmittel her, Fertiggerichte, die zu Hause nur noch gebraten oder gekocht werden müssen und die sich immer größerer Beliebtheit erfreuen, da in dem Dorf mit einer größtenteils christlichen Bevölkerung viele Frauen als Lehrerinnen oder Sekretärinnen berufstätig sind und sich so die Küchenarbeit erleichtern können. Manchmal wird auch auf Bestellung gearbeitet. In diesem Projekt haben fünf Frauen Arbeit und Brot gefunden. Ihr Einkommen beträgt 400 Shekel (ca. 280 DM) im Monat. Das ist nicht viel, aber sie sind zufrieden, daß sie zumindest das verdienen.

Auf dem Weg von Bethlehem nach Jerusalem sehen wir viele ganz neue Siedlungen von Gush Emunim oder Containersiedlungen für die russischen Juden. Rund um das Kloster soll überdies der Boden für weitere jüdische Siedlungen enteignet werden.

Kritik der Frauen an der Intifada-Führung

Obwohl die palästinensischen Frauen von Anfang an aktiv an der Intifada beteiligt waren, haben die Männer sie inzwischen wieder in die Küche, sogar in die alte Kleiderordnung zurückgedrängt. Obwohl die Flugblätter des UNC (United National Committee), der Vereinten nationalen Führung des Aufstands, die Frauen ständig dafür preisen, daß sie in der Intifada eine so große Rolle spielen, kritisieren sie die Unterdrückung der Frauen innerhalb der Familie nicht. „Das UNC hat faktisch dazu beigetragen, die Intifada zu untergraben, indem sie 50 % der Bevölkerung, nämlich die Frauen, unter Küchenarrest stellen ließ“, sagte eine Aktivistin. Eine Lösung des Palästina-Problems liegt zwar noch in weiter Ferne, doch eine Reihe von PalästinenserInnen hat jetzt schon erkannt, daß *allein* die nationale Befreiung die Freiheit, für die sie kämpfen, nicht bringen kann.

Die Intifada-Führung hatte zuerst die Losung ausgegeben, nicht mehr in den jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zu arbeiten. Doch eigentlich war klar, daß das nicht durchzuhalten sein würde, denn Hunger tut weh. Also gab die Führung wieder eine Losung heraus, die die Arbeit gestattete. Auch die Läden werden hier und da am Nachmittag wieder geöffnet. Die Intifada verliert also nach und nach an Energie. Doch niemand weiß, was in dieser aussichtslosen Lage explodieren wird.

Kritik gibt es auch an der Delegation bei den Friedensgesprächen. Sie manövriere sich in immer weitergehende Konzessionen hinein, setze nie eine Grenze: „Bis hierher und nicht weiter!“ Verständlich ist das schon, denn niemand will daran „schuld“ sein, wenn die Friedensgespräche scheitern.

Kav La'oved – Besuch in Gaza bei der Gewerkschaft

Nurit Gat, Professorin für Literatur und Übersetzerin und Ehefrau des bekannten israelischen Journalisten Amos Kenan, gab uns ihr Auto, da sie selbst nicht mit nach Gaza fahren konnte. Mit uns fuhr eine schwedische Journalistin und eine Kindergärtnerin aus Herzliya, die Kleidung für die Kinder in Gaza sammelt und, als Anthroposophin, mit den Kindern Puppentheater spielt. Auf ihre Initiative arbeitet inzwischen ein Psychologen-Team mit Kindern aus Gaza, die unter einem Trauma aus der Besatzungszeit leiden. Isla Gade, Professorin für Kulturwissenschaften an der Bir Zeit Universität und kürzlich zu einem Gastvortrag im Berliner Haus der Kulturen der Welt, spricht über die Radikalisierung der Kinder unter Gewaltverhältnissen und Militarisierung, die schwere psychische Schäden verursacht (auf beiden Seiten übrigens).

Die Organisation Kav La'oved (Worker's Hotline) kümmert sich um die Rechte der Arbeiter aus dem Gaza-Streifen, die zur Arbeit nach Israel kommen. Ihnen werden unverhältnismäßig hohe Sozialabgaben abgezogen, ohne daß sie deshalb in den Genuß von Arbeitslosengeld, Kindergeld, Krankenversicherungsleistungen, Altersrente, Abfindung bei Entlassung etc. kämen. Sie erhalten nichts, obwohl das ungesetzlich ist. Kav La'oved fährt zweiwöchentlich nach Gaza. Mir wurde erzählt, einmal habe sogar der Muezzin ihren Besuch vom Minarett ausgerufen – wer eine Beschwerde oder Frage habe, könne sich an sie wenden. Im Büro der Gewerkschaft, in der wir zu Gast sind, steht ein langer Tisch. Auf der einen Seite sitzen die Leute von Kav La'oved, JüdInnen und PalästinenserInnen, auf der anderen Seite die Petenten mit ihren Zetteln, Abrechnungen und Briefen, mit denen sie sich nicht zurechtfinden. Jede Nachricht, jeder Brief, jede Abrechnung wird ihnen auf Hebräisch zugestellt. Sie kommen teils wegen früherer Anfragen, teils um einen Antrag zu stellen, Eingaben beim Gericht zu machen, Vollmachten zu unterschreiben etc. Die Leute von Kav La'oved haben die nötigen Formulare mitgebracht und füllen sie aus. Pro Antrag, der dann von einem der mit Kav La'oved zusammenarbeitenden Anwälte bei Gericht eingereicht und vertreten wird, bezahlen die Arbeiter einen symbolischen Betrag von ca. 5 DM. Ein Drittel dieses Betrags geht an die Gewerkschaft. Die hilfeschuchenden Arbeiter zahlen gern, gelingt es doch in vielen Fällen, ihnen zu dem ihnen zustehenden Geld zu verhelfen.

Eigentlich wäre das alles Aufgabe der israelischen Gewerkschaft Histadrut. Doch die Rolle der Histadrut, zu der übrigens der DGB gute Beziehungen unterhält, ist nicht eben rühmlich. Sie erhebt von den in Israel arbeitenden Palästinensern Mitgliedsbeiträge, ohne ihnen gewerkschaftlichen Schutz zu gewähren. Tarifverträge werden nicht ins Arabische übersetzt. Auch das erschwert es den palästinensischen Arbeitern, ihre rechtmäßigen Forderungen gegenüber den Unternehmern geltend zu machen. Palästinensische Arbeiter haben daraus Konsequenzen gezogen und zur Selbsthilfe Interessenverbände neben oder in Kooperation mit den palästinensischen Gewerkschaften gegründet, die sich offiziell nur um die Belange der Arbeiter innerhalb der besetzten Gebiete kümmern dürfen. Solche Zustände führten zwangsläufig dazu, daß sich palästinensische Gewerkschaftler aktiv für die Beendigung der Besatzung einsetzen. Seit Dezember 1987 beteiligen sie sich aktiv an der Intifada, und sie waren immer besonderen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt: Immer wieder wurden Gewerkschaftler verhaftet und des Landes verwiesen.

Doch den Namen „Gewerkschaft“ tragen diese palästinensischen Organisationen eigentlich zu Unrecht: Sie dürfen die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz in Gaza – soweit ein solcher vorhanden ist – nicht organisieren, nur individuelle Beratungen sind möglich – keinerlei kollektive Aktivitäten. Sie

dürfen keine Filialen außerhalb des Gazasteifens eröffnen, haben kein Telephon, rein gar nichts. Hinzu kommt noch, daß sie das Land nicht verlassen, also nicht zu Gewerkschaftskongressen etc. fahren dürfen, im Gegenteil: viele ihrer Aktivisten werden in Administrativhaft genommen und exiliert. Denn für die Militärbehörde ist es ein leichtes, jede Aktivität als „politisch“ einzustufen. Der Vorsitzende, Rasem el Beyar, war in Administrativhaft, und vier Aktivisten wurden des Landes verwiesen. Andere sitzen noch ein. Übrigens haben sie nicht nur Hilfe von Kav La'oved, sondern auch aus den Reihen der RAZ, der bekanntesten Bürgerrechtspartei in Israel. Wenn man sich die Liste der deportierten Palästinenser anschaut, stellt man fest, daß es sich überwiegend um gesellschaftlich aktive Menschen, Ärzte, Anwälte, Lehrer, Gewerkschaftler etc., handelt. Der einzige Grund ist stets: „Politische Betätigung“.

Wir sprachen mit einem palästinensischen Anwalt, der unter Hausarrest steht, aber im Besitz aller vier Magnetkarten ist, die er braucht, um arbeiten zu können: Erstens der Personalausweis; zweitens eine Karte, daß er nach Israel fahren darf; drittens eine Karte, daß er seine Mandanten im Gefängnis besuchen und vor Gericht auftreten darf; die vierte bestätigt, daß er seine Steuern bezahlt hat und das Haus auch während der Ausgangssperre verlassen darf. Doch das alles nützt ihm im Augenblick wenig, da er wegen sogenannter politischer Betätigung unter Hausarrest steht.

Wie sieht es in der israelischen Friedensbewegung aus?

Heute besteht die Friedensbewegung fast nur aus Juden und ganz wenigen Palästinensern. Außer von den schon erwähnten Organisationen – Kav La'oved/Worker's Hotline, der Ärzteorganisation PHR etc. – und von einzelnen Künstlern, Psychologen und einer Handvoll Intellektueller ist kaum eine Aktivität spürbar. Die Kommunistische Partei hat, wie in aller Welt, an Anziehungskraft verloren und das Terrain ist leider weitgehend den Islamisten zugefallen. Die Demonstration zum 1. Mai, an der ich teilnahm, war kümmerlich.

Die Resignation bei Israelis und Palästinensern ist groß. Allgemeine Müdigkeit macht sich breit. Der Schwung zu Beginn der Intifada ist vorbei. Die *Frauen in Schwarz* stehen zwar tapfer weiter bei Schnee, Regen und Hitze, in Jerusalem 60 bis 70, andernorts weniger. Doch die Besatzung dauert ungehindert und mit stets wachsender Grausamkeit an. An dem Tag, als ich in Gaza war, warfen israelische Soldaten nach einer Demonstration, wie der *Ha'aretz* vom 27.4.1992 meldete, vierzig (!) Gasbehälter in die Häuser, denn Demonstrationen sind grundsätzlich verboten. Dabei starb eine 80jährige Frau. Zwar stand auf dem Totenschein Herzversagen, doch es stand ebenfalls dort, daß man in ihren Lungen das umstrittene gefährliche Tränengas gefunden hat.

Shalom Achshav/Peace Now, die größte Friedensbewegung, rührt sich kaum noch. Man sammelt Geld in den USA. Es gibt zwar eine Führung, doch keinerlei Kontrolle von der Basis. Eigentlich gibt es nur die Fahne, die ab und zu einmal herausgeholt wird. Die bekannte Malerin Ruth Schloss, die man die „Käthe Kollwitz Israels“ nennt, sagte: „Früher gingen wir auf die Straße, wenn ein einziges arabisches Kind erschossen worden war. Wir stellten uns vor die Bulldozer, wenn Häuser zerstört werden sollten. Heute haben wir uns an all das gewöhnt!“ Dabei gibt es mehr Landbeschlagnahmen und Häusersprengungen denn je. Auch die Folterungen gehen weiter – nicht nur, um Geständnisse zu erpressen, sondern aus reiner Schikane.

Ein Soldat, ein russischer Neueinwanderer, folterte Gefangene 24 Stunden lang, er schloß etwa die Tür, wenn der Fuß des Gefangenen darin steckte, usw. Keiner war da, um ihm Einhalt zu gebieten. Doch im nachhinein haben sogar etliche Soldaten die Folterungen bezeugt. (*Ha'aretz*, 27.4.1992)

Am Anfang der Intifada ging wegen der Grausamkeiten ein Aufschrei durch die israelische Öffentlichkeit. Friedensaktivisten waren Tag und Nacht unterwegs. Menschen haben Beruf, Studium und Familie vernachlässigt. Nun stehen alle vor einem Scherbenhaufen. Was wurde erreicht? Wenig!! Die politische Kultur hatte sich verändert. Bis dahin inaktive Menschen trafen sich zu politischen Protesten, durchschauten Zusammenhänge, die ihnen früher verschlossen waren. Doch auf die Regierungspolitik hat dies so gut wie keinen Einfluß gehabt. Die aktiv gewordenen Menschen wurden nicht zum Machtfaktor. Die Israelis, die dabei waren, hatten so ein besseres Gewissen, und den Palästinensern machte es Hoffnungen. Doch diese Hoffnung trott, wie sich nun zeigt. Nichts, aber auch gar nichts hat sich zu ihren Gunsten verändert, keine Lösung für ihre Grundprobleme ist nähergerückt., ganz im Gegenteil! Verständlich, daß sie das Wort „Dialog“ nicht mehr hören können. Dialog mit wem? Worüber? Mit welchem Ziel? Sind sie denn gleichberechtigte Partner? Sie sind das Blabla leid. Sie sehen keinen Silberstreifen am Horizont.

Die Wahlen werden kaum etwas ändern. Seit 1967 sind ca. 1.600 Personen exiliert worden, plus die jetzt anstehenden 11 Deportationen. Nur elf dieser Exilierungen sind unter einer Likud-Regierung durchgeführt worden, die meisten haben unter Moshe Dayan, also unter der Regierung der Arbeitspartei (1967-73), und dann unter Rabin und Peres stattgefunden, also ebenfalls unter der Arbeitspartei oder, wie sie sich jetzt nennen, des Ma'arach.

Besuch beim Anti-Folter-Komitee in Jerusalem

In mehr als einem Drittel aller Länder der Welt wird gefoltert. Israel ist dabei nicht der schlimmste Folterstaat, doch es ist zweifelsfrei erwiesen, daß bei Verhören gefoltert wird und daß seit Beginn der Intifada Folter und Mißhandlungen zur Routine geworden sind. Anfangs wurde diese Tatsache, die nur von Anwälten und den Häftlingen selbst dargestellt wurde, schlicht geleugnet. Selbst wenn an den Körpern der Häftlinge Folterspuren sichtbar waren, logen die Sicherheitsbeamten vor Gericht.

Seit Ende 1987 hat sich das geändert. Der wiederaufgenommene Fall des Tscherkessen Nafsu – eines ehemaligen Armeeoffiziers, der aufgrund eines unter Folter erpreßten falschen Geständnisses zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden war – stellte die Sicherheitskräfte des Shabak (auch unter der Abkürzung Shinbet bekannt) bloß. Sie hatten sechs Jahre lang gelogen – bis sich herausstellte, daß ein ganz anderer die dem Tscherkessen vorgeworfene Tat (Verrat eines Militärgesheimnisses) begangen hatte, und der Prozeß wieder aufgerollt wurde. Seither gibt es immer wieder Anschuldigungen gegen die Sicherheitskräfte. Oft wird die Sache vertuscht, doch es bleiben berechtigte Zweifel.

Jüdische und palästinensische Bürgerrechtsorganisationen – unter ihnen B'Tselem – haben Fälle gesammelt und dokumentiert. Auch über die immer gleichen Foltermethoden, zu denen auch Elektroschocks gehören. Schon mehrfach hat sich amnesty international eingeschaltet und protestiert. Ende 1989 wurde das Komitee gegen Folter gegründet. Es arbeitet auf drei Ebenen:

1. Öffentlichkeitsarbeit
2. Einzelfallbetreuung – Beschwerden vor Gericht und Veröffentlichung der Beweise

3. Es bemüht sich, die Geheimparagrafen des sog. Landau-Reports zu veröffentlichen, auf den sich die Verhörer stützen, wenn sie Gewalt anwenden.

Der Richter Dr. Moshe Landau war Vorsitzender der Kommission, die den Fall Nafsu untersucht hatte und in dem veröffentlichten Teil ihres Berichts „moderaten physischen und psychischen Druck“ zulässig nannte. Was aber soll das heißen? Immerhin starben mehr als zwei Dutzend Gefangene bei Verhören! Zwei junge israelische Soldaten, die wegen Sicherheitsvergehen angeklagt waren, wurden übrigens denselben Foltermethoden unterworfen wie die Palästinenser (auch Nafsu ist Israeli). Beide verübten danach Selbstmord und hinterließen Briefe, die – zusammen mit ihre Lebensgeschichte – 1991/92 in *Ha'aretz* und *Chadashot* veröffentlicht worden sind.

Interessanterweise wollte sich die ACRI, mit ihren 30 full-time-Mitarbeitern die größte Bürgerrechtsorganisation in Israel, lange nicht um das Problem der Folter in Israel kümmern, eine Zurückhaltung, die wohl dem Wunsch entsprang, das Bild Israels in der Welt nicht zu beschädigen. Deshalb ist das Komitee gegen Folter gegründet worden. Der us-amerikanische „New Israel Fund“, der im allgemeinen fortschrittliche Aktivitäten in Israel unterstützt, wollte dem Komitee zunächst keine finanzielle Unterstützung zukommen lassen, wahrscheinlich aus dem gleichen Grund. Doch das hat sich inzwischen geändert, denn nun liegen die Fakten auf dem Tisch und sind nicht mehr wegzuleugnen. Dazu haben auch die Untersuchungen von amnesty international beigetragen. Prof. Yesayahu Leibovitz zum Thema Folter: „Damit hat Israel sich selbst aus der zivilisierten Welt ausgeschlossen. Man ist nicht verpflichtet, die Gesetze eines Landes zu achten, wenn dieser Staat Folterungen zuläßt.“

Angriffe israelischer Under-cover-Einheiten – Kontroversen um den Schießbefehl in den besetzten Gebieten

Nach einem Zwischenfall im Dorf Dura bei Hebron ist die Diskussion um den Schießbefehl der israelischen Soldaten in den besetzten Gebieten aufs neue entbrannt. Laut den veröffentlichten Berichten eines jüdisch-israelischen Ehepaars, Elimelech, das eine arabische Familie in dem Dorf besuchte, sollen in Zivil gekleidete Angehörige einer Spezialeinheit, der „Shimshonim“, ohne Vorwarnung auf zwei verummte Palästinenser geschossen haben, die Parolen an Häuserwände malten. An diesem Tag sollte eine Gedenkfeier für einen getöteten Palästinenser stattfinden, und die israelische Armee erwartete, daß wie immer zu solchen Gelegenheiten Jugendliche Losungen an die Häuserwände malten. So geschah es auch. Einer der beiden Palästinenser war sofort tot, der andere schwer verletzt. Das jüdische Ehepaar, das vom Haus ihrer Bekannten aus zusah, rief empört: „Hört auf, wir sind Juden!“ Sie protestierten laut, daß die Soldaten sich nicht an die Gesetze gehalten hätten, nach denen Schießen nur in Notwehr erlaubt sei. Daraufhin kamen die Soldaten ins Haus, bedrohten und schubsten das jüdische Ehepaar grob herum und warnten die palästinensische Gastfamilie, sie dürften keinerlei Aussagen machen. Eine am nächsten Tag einberufene Untersuchungskommission der Armee kam zu dem Schluß, daß die Aussagen des Ehepaars Elimelech unglaubwürdig seien und die Armee in Notwehr gehandelt hätte. Doch die Aussagen des Ehepaars erregten einiges Aufsehen in der Öffentlichkeit, zumal der Mann nach eigenen Angaben Likud-Anhänger und keineswegs ein Sympthisant der Arbeitspartei ist. Am nächsten Tag kam eine Gruppe israelischer Soldaten in das Haus der palästinensischen Gastfamilie und schlug den Mann zusammen. Der Offizier der Gruppe sagte: „Dein Glück, daß ich gestern nicht hier war. Das wäre dir schlecht bekommen!“

Nachspiel: Regierungskritik an der Fernsehberichterstattung

Die Affäre hatte noch eine weitere Pointe: Die populäre Nachrichtensendung am Freitagabend berichtete über den Zwischenfall ausführlich und stellte eigene Untersuchungen an. In der Kabinettsitzung am Sonntag drückten der Generalstabschef und einige Minister ihren Unmut über die „Art der Berichterstattung“ aus: der Standpunkt der Armee sei nur unvollständig (!) wiedergegeben worden. Noch am selben Tag wurde die Angelegenheit an das Direktorium der staatlichen Fernsehgesellschaft weitergeleitet, die kurzerhand für die Absetzung der beliebten Sendung votierte.

Ein Haarschnitt für Samson

[Samson, auf Hebr. Shimshon, ist der biblische Held, dessen Stärke in seinen Haaren lag. Shimshon heißen heute die Sondereinheiten, die „Gesuchte“ – Palästinenser, die sich aus Angst vor Verhaftung versteckt halten – töten. Sie fahren stets Autos mit arabischen Nummernschildern und kleiden sich wie Araber.]

Am 23.4.92 wurde ein Araber, der auf ein Militärauto „Hure“ geschrieben hatte, zu drei Monaten Haft, weiteren vier Monaten auf Bewährung und außerdem zu einer Geldstrafe von 300 Shekel verurteilt.

Zu vier Monaten auf Bewährung wurden zwei Soldaten der Einheit Shimshon verurteilt, weil sie in Khan Younis (im Gaza-Streifen) ohne ersichtlichen Grund zwei alte Palästinenser zusammengeschlagen hatten. Selbst als die beiden alten Männer schon blutüberströmt auf dem Boden lagen, schlugen sie weiter zu. – Doch beide Soldaten zusammen wurden zu weit weniger verurteilt als der Junge, der „Hure“ auf das Militärauto schrieb.

Shimshon müssen schleunigst die Haare geschnitten werden!

B. Michael in *Ha'aretz* vom 26.4.1992 (Auszüge)

Todesurteile ohne Gericht

Was die Extremisten immer gefordert hatten und was in der Knesset nicht beschlossen werden konnte, erledigen jetzt die Sondereinheiten des Tsahal, die Shimshonim. Die gezielten Todesschüsse treffen tatsächlich immer sogenannte „Gesuchte“ nach vorbereiteten Listen. Es trifft nie zufällige Passanten. Bis jetzt wurden auf diese Art 28 bis 30 „Gesuchte“ hingerichtet.

Ayman Atiyeh Mayabadeh aus Allar bei Tulkarem kam vorigen Dienstag früh nach Hause, wusch ich, aß etwas und verließ das Haus wieder, um sich zu verstecken. Aus einem scheinbar verlassenem Gebäude wurden zwei Schüsse auf ihn abgefeuert, ohne jede Vorwarnung. Er war sofort tot. Drei Männer zogen den Leichnam noch ein Stück auf der Straße weiter und ließen ihn dann liegen. Die drei Männer verschwanden sofort in einem Auto mit Nummernschildern aus den besetzten Gebieten. Nachbarn beobachteten den Vorfall angsterfüllt von ihren Fenstern aus. Seit einigen Monaten ist so etwas gang und gäbe. Gefangene werden nicht gemacht: Es ist die Ausführung einer Hinrichtung ohne Gerichtsurteil. Immer mehr Soldaten melden sich freiwillig für diese Einheit.

Gideon Levy in *Ha'aretz* vom 26.4.92 (Auszüge)

Aus dem Bericht von B'Tselem über den Tod des 23jährigen Palästinensers Jamal Ghanem

Am 21.4.92 verübten in Zivil gekleidete Soldaten der under-cover-Einheit einen weiteren Mord an einem „gesuchten“ Aktivisten. Jamal Ghanem wurde während eines Fußballspiels kaltblütig erschossen. Alle Ausgänge des Platzes waren besetzt, man hätte seiner leicht habhaft werden können. Zudem hatte er, Augenzeugenberichten zufolge, die Hände über den Kopf erhoben, als der die Situation erkannte. Dennoch wurde er erschossen.

Mann-Sein, Sexismus und Militarismus in Israel

Schon vor 1948 stand für die zionistische Arbeiterbewegung die Staatsgründung im Vordergrund und hatte Vorrang vor allen anderen Fragen und Problemen. Und die Frage der Staatsgründung war

gleichbedeutend mit der Frage der Sicherheit. Heute wird die Sicherheit von den israelischen Geheimdiensten verkörpert. Von Kindesbeinen an wird dazu erzogen: „Du wirst einmal Soldat!“ Das

ISRAEL VOR DEN WAHLEN

und die Zukunft der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten

Bericht über eine Informationsreise nach Israel/Palästina

von Alisa Fuss

(Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte)

April/Mai 1992

INHALT

Der Wahlkampf hat begonnen

Jüdische Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Prognosen zum Wahlausgang

Empörte Kritik an den USA

Das demokratische Israel – die Meretz-Koalition

Brit Shivyon (Bund der Gleichen) – eine neue israelisch-arabische Bewegung

Aus der israelischen Presse

PHR – die israelisch-palästinensische Ärzteorganisation für Menschenrechte

Tag der Gefangenen – Prisoner's Day

Besuch in Deheishe, einem der größten Flüchtlingslager in der Westbank

Besuch beim *Women's Action Committee*

Kritik der Frauen an der Intifada-Führung

Kav La'oved – Besuch in Gaza bei der Gewerkschaft

Wie sieht es in der israelischen Friedensbewegung aus?

Besuch beim Anti-Folter-Komitee in Jerusalem

Angriffe israelischer Under-cover-Einheiten

Mann-Sein, Sexismus und Militarismus in Israel

Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“) – Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern

Arafat überlebte die Notlandung seines Flugzeugs – Reaktionen

Stellungnahme des Weltsicherheitsrats zu den Ereignissen in Raffah (Gaza-Streifen)

Kommunalwahlen – Israels Köder

Schluß

Eine Verfassung mit einem Grundrechtskatalog ist dringend notwendig

Zu den Friedensverhandlungen

Der Wahlkampf hat begonnen

Mitte Juni 1992 sind Parlamentswahlen in Israel.

Bei einer Wahlveranstaltung rief Shamir: „In ein paar Jahren redet niemand mehr von der Möglichkeit eines palästinensischen Staates!“ In Judäa und Samaria sowie im Gaza-Streifen würden Hunderttausende von Juden leben. Die Möglichkeit eines territorialen Kompromisses werde in Vergessenheit geraten sein wie ein böser Traum. „Noch ein paar Jahre Likud-Herrschaft, und es wird keine Rede mehr sein von einem Palästinenser-Staat!“ Shamirs Rede wurde von Zurufen wie „Tod den Arabern!“ begleitet.

In den 1967 eroberten Gebieten leben derzeit rund 100.000 neu angesiedelte Juden und 1,75 Millionen PalästinenserInnen. Der Boden der besetzten Gebiete ist zu zwei Dritteln in israelischer Hand. Der jüdische Bevölkerungsanteil dort beträgt, laut einer Verlautbarung im Radio am 9.5.1992, 13 %. Wasser wird den PalästinenserInnen nur so knapp zugeteilt, daß es für eine profitable Landwirtschaft nicht ausreicht. Jede jüdische Neusiedlung hingegen hat ein Schwimmbad und reichlich Wasser für Gärten, Blumen etc. zur Verfügung.

Für die USA, die arabischen Staaten und die Palästinenser ist die Siedlungspolitik Israels in den besetzten Gebieten eines der Haupthindernisse im Nahost-Friedensprozeß.

Jüdische Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Viele alteingesessene Israelis erklärten sich bereit, aus Rußland eingetroffene Familien in der ersten, schweren Zeit mit Rat und Tat beizustehen. Doch in den letzten Monaten, das räumen alle ein, haben Hilfs- und Opferbereitschaft merklich nachgelassen. Zwar wendet sich niemand offen gegen die russischen Einwanderer, doch ist eine gewisse Gleichgültigkeit unübersehbar. Es sind *zu viele* Einwanderer, die keinen Arbeitsplatz finden und Wohnungssorgen haben. Ich habe Juden aus der ehemaligen Sowjetunion freitagnachmittags auf dem Carmel-Shouk in Tel Aviv Gemüsereste sammeln sehen, bevor die Müllabfuhr kam.

Trotz ihres zahlenmäßig großen Gewichts kümmert sich offenbar keine der traditionellen politischen Kräfte um sie. Die neugegründete Partei „DA“ will, so liest man in ihrem Programm, diese Lücke füllen. *DA*, was auf russisch Ja bedeutet, steht auch als Abkürzung für „Demokratie“ und das hebräische Wort für Einwanderung: „Aliya“.

Die alteingesessene Bevölkerung in den Armutsvierteln und Entwicklungsstädten protestiert gegen die in ihren Augen unverhältnismäßigen Zuwendungen für die russischen Juden. Wo bleiben die, die zum größten Teil hier geboren sind und schon seit Generationen hier leben, mit ihren großen Familien?! Derselbe Unmut macht sich übrigens auch gegen die Siedlungspolitik breit, mithilfe der sogenannten Entwicklungsgelder forciert wird, die diese benachteiligten Schichten zu Recht für sich reklamieren. Die Siedler in den besetzten Gebieten bekommen fast kostenlos, jedenfalls zu Spottpreisen, komfortable Häuser und Luxuswohnungen sowie enorme Steuervorteile beschert. Den Armen hat man die subventionierten Schulmahlzeiten gestrichen, sie sind in größere Klassen zusammengedrängt und das Budget ist gekürzt worden, während die Siedlerkinder nach wie vor ihr warmes Mittagessen in der Schule bekommen und in kleinen Klassen, die mit allen elektronischen Hilfsmitteln ausgestattet sind, unterrichtet werden.

Es ist schwer abzuschätzen, wie viele russische Juden die neue Partei wählen werden. Allgemein wird erwartet, daß sie bei den kommenden Parlamentswahlen aus Protest gegen ihre Lage mehr-

heitlich für den Ma'arach (Arbeitspartei) stimmen werden. Leider schwimmt der Ma'arach im Kielwasser des Likud. Auf Straßen und Plätzen hängen große Plakate von Rabin mit Sprüchen wie: Alles für die Sicherheit! – Wir werden die Intifada nicht hereinlassen! – Sie [die Araber] sollen nicht frei unter uns herumlaufen – Mit Terroristen verhandeln wir nicht!

Das Wort Bitachon (Sicherheit) wird immer groß geschrieben. Doch nie wird erklärt, daß echte Sicherheit nur durch Frieden zu bekommen und Frieden nicht ohne Kompromisse zu haben ist. Das heißt: Schluß mit der Okkupation, her mit dem Selbstbestimmungsrecht für die PalästinenserInnen. Möglicherweise denken jedoch Rabin und andere führende Politiker durchaus schon an Kompromisse, zu denen sie von den USA auch gedrängt werden, und wagen es nur im Wahlkampf nicht zu sagen.

Prognosen zum Wahlausgang

Eine Vorhersage zum Wahlausgang ist schwer. Auch in England hat sich gezeigt, daß Vorhersagen nicht zuverlässig sind. Möglich ist, daß der Likud etwas verliert und der Ma'arach etwas gewinnt, so daß beide vielleicht um die 30 bis 35 % lieben. Was dann? Die Meretz-Koalition (aus Mapam, Raz- und Shinui-Partei), also die linksliberalen bzw. Bürgerrechtsparteien, die gegen die Besatzung und für eine demokratische, säkulare Verfassung sind, werden vielleicht zehn bis fünfzehn Mandate bekommen. Auch mit dem Ma'arach zusammen hätten sie dann nicht die Mehrheit und bräuchten wieder die Religiösen in der Koalition. Und die nutzen ihre Stellung immer zu Erpressungen. Die religiösen Parteien Schass und Degel Ha'Thora, die viele aschkenasische Wähler haben, könnten zum Ma'arach tendieren, da auch sie mehr für die Politik der Amerikaner sind als der Likud. Bei den sephardischen Religiösen ist es umgekehrt: Die Führung tendiert zum Ma'arach, die Mitglieder stehen sogar noch weiter rechts als der Likud. Auch eine große Koalition zwischen Likud und Ma'arach wäre möglich – das wäre ein Katastrophe! Doch das wäre nur möglich, falls sich die Mehrheit der Wähler deutlich gegen die USA stellen würden, denn die USA fordern Kompromisse. Erhält einer der beiden Blöcke eine knappe Mehrheit, wäre es wegen der starken Opposition schwierig, Entscheidungen durchzusetzen.

Noch völlig unklar ist, wie die israelischen Araber wählen werden. Die Kommunistische Partei, die bisher das größte arabische Wählerpotential hatte, hat viele Anhänger verloren. Hingegen gewinnt in den besetzten Gebieten die islamistische Hamas auf Kosten der PLO stark an Einfluß. Das ist ein großes Problem für die Führung der Intifada. Bei den Wahlen der führenden Mitglieder in der Handelskammer in Ramallah und im Angestelltenverband des Al-Mukassad-Krankenhauses in Ost-Jerusalem erhielten die Islamisten jüngst jeweils die absolute Mehrheit. Die israelischen Behörden bemühen sich nach Kräften, Konflikte zwischen den Palästinensern wie die Rivalität zwischen der nationalistisch-säkularen PLO und der islamistischen Hamas zu verstärken. So hofft die Besatzungsmacht den Einfluß der PLO zu reduzieren.

Indessen wird die fieberhafte Bautätigkeit zur Judaisierung der besetzten Gebiete fortgesetzt. Der verantwortliche Minister, Ariel Sharon, bestätigte für jüdischen Politikern aus den USA, daß rund 22.000 Wohneinheiten im Bau sind – bedeutend mehr, als die Shamir-Regierung offiziell den Amerikanern mitgeteilt hat. Die Zahl der begonnenen, aber noch nicht fertiggestellten Bauten ist insofern von Bedeutung, als die Bush-Administration alle bereits angefangenen Bauten, einschließlich solcher für die Infrastruktur, nicht berücksichtigt, wenn sie die Kreditgarantien wie vorgesehen von einem Neubaustopp abhängig macht.

Empörte Kritik an den USA

Die israelische Regierung ist empört über diese Verknüpfung. Die USA stellen Israel vor die Wahl: Entweder Kreditgarantien und Stop des Siedlungsbaus, oder keine Kreditgarantien und die Fortsetzung der Besiedlung des Gaza-Streifens und der Westbank, was alle künftigen israelisch-arabischen Verhandlungsmöglichkeiten vereiteln würde. Die israelische Regierung wehrt sich mit alten Argumenten: Wie können die USA es wagen, sich in den israelischen Wahlkampf, in inner-israelische Angelegenheiten einzumischen?! Baker wird als Rassist beschimpft, man hat ihn auch schon des Antisemitismus bezichtigt – dann braucht man ihm nicht mehr zuzuhören! Der stellvertretende Ministerpräsident Benjamin Netanyahu behauptet sogar, Ziel der Amerikaner sei es, Israel „in die Grenzen von Auschwitz“ (sic!) zurückzudrängen – gemeint sind die Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967.

Der Likud-Block wird von Diadochenkämpfen gebeutelt, Einheit, Stärke und Anziehungskraft sind, wenn überhaupt zu sehen, nur Schau. Seine Macht im Staat stützt sich lediglich auf die „mythische“ Vormachtstellung Israels in der Region und das Militärbündnis mit den USA. Nun sieht sich der herrschende Likud ernsthaft bedroht, um so mehr, als die USA kein Hehl daraus machen, daß sie eine von Yitzchak Rabin geführte „Koalition der nationalen Einheit“ für wünschenswerter halten als die Fortsetzung des Shamir-Regimes mit seiner „störrischen“ Koalition der chauvinistisch-expansionistischen Kräfte. Ich sehe allerdings die Gefahr, daß der gefährdete Likud einen Ausweg in spektakulären Militäraktionen sucht, die zumindest kurzfristig eindrucksvoll sind, wenn der Wahltag noch näherrückt. Ich erinnere etwa an die Bombardierung des irakischen Atomreaktors 1981...

Das demokratische Israel – die Meretz-Koalition

Shulamit Aloni, die Vorsitzende der Raz-Partei: „Wir sind drei Oppositionsparteien. Echte Autonomie beinhaltet Bürgerrechte, und das ist genau das, was die israelische Regierung den Palästinensern nicht geben will. Die drei oppositionellen Parteien Raz, Shinui und Mapam sind sich in vielen Forderungen einig, auch über die Notwendigkeit einer Friedenslösung hinaus:

5. Rechtsgarantie für alle israelischen Bürger,
6. die Gesetzesfunktion des religiösen Establishments abzuschaffen,
7. Gleichstellung für Frauen und Minderheitengruppen,
8. Verfassung für alle Bürger und einen unabhängigen öffentlichen Dienst.

Dazu gehört auch der Kampf gegen die Korruption und Vetternwirtschaft, die die politische Kultur zerstören, und zwar in beiden großen Parteien: Likud und Arbeitspartei (Ma'arach).

Wenn wir die Neueinwanderer integrieren wollen, brauchen wir Investitionen, und die kommen nicht ohne Frieden. Bisher sind 55 Abgeordnete für einen territorialen Kompromiß in der ein oder anderen Form. 52 sind strikt dagegen. 13 gehören den ultraorthodoxen Parteien an und können damit die Kräfteverhältnisse beeinflussen. Mit 6 zusätzlichen Mandaten könnte man die politische Landkarte in Israel verändern. Die Unterstützung könnte aus drei Richtungen kommen:

4. von Erstwählern, die gegen den Likud sind, aber auch nicht den Ma'arach wählen wollen. Bei Besuchen in Gymnasien konnten wir eine Unterstützung für die Raz feststellen.
5. von Immigranten aus der ehemaligen UdSSR. Sie sind Opfer der religiösen Bigotterie. Anfangs waren sie wohl mehrheitlich für den Likud – ein Jahr lang finanzielle Unterstützung etc. Doch

heute, bei der massiven Arbeitslosigkeit, zum Teil schon echter Armut, ist das anders geworden.

6. von israelischen Arabern, die sicher nicht den Likud wählen, aber auch Rabin noch in schlechtester Erinnerung haben und wegen der weltweiten Trendwende und der inneren Zerrissenheit dieser Partei auch die Kommunisten nicht mehr wählen werden.“

Viele prominente Schriftsteller, die früher die Arbeitspartei nur gewählt haben, um *gegen* den Likud zu stimmen, haben sich öffentlich für die neue Meretz-Koalition ausgesprochen: Yoram Kaniuk, Sami Michael, Nathan Shacham, Yitzchak Ben Ner, Oded Kotler, Amnon Rubinstein, Amos Oz. Letzterer forderte „ein Palästina für die Palästinenser, damit die Israelis endlich den Staat Israel zurückerhalten“. Die Neueinwanderer aus der Sowjetunion bräuchten „ein Heim und keine Bunker“. Noch einmal Shulamit Aloni: „Als die Vereinten Nationen 1948 Israel anerkannten, zählten sie 50 Mitglieder. Heute sind es mehr als dreimal soviel, auch ohne die Staaten der GUS und des früheren Jugoslawien. Unsere Epoche ist eine Zeit der Selbstbestimmung der Nationen, und es ist ironisch, daß gerade Zionisten den Palästinensern dieses Recht verwehren. Es ist nicht an uns zu entscheiden, ob die Palästinenser eine Nation sind oder nicht. Die Völker entscheiden darüber selber, genauso wie wir seinerzeit.“

Brit Shivyon (Bund der Gleichen) – eine neue israelisch-arabische Bewegung

Grundsätze:

Israel sollte nicht nur der Staat der Juden, sondern aller in ihm lebenden Menschen sein, von Juden, Arabern und anderer ethnischer Minderheiten. Nicht Homogenität der Bevölkerung sollte angestrebt werden, sondern Gleichberechtigung aller darin lebenden Gruppen: Juden wie Araber, Frauen wie Männer, Orientalen wie Ashkenasim, Weltliche und Religiöse aller Konfessionen müssen sich frei ausdrücken können. Alle Gesetze, die irgendeine Gruppe diskriminieren, müssen abgeschafft werden: das Rückkehrgesetz, die Boden- und Familiengesetze ebenso wie alle von der englischen Mandatsmacht übernommenen Sicherheitsverordnungen. Der Staat muß sich eine Verfassung geben, die allen Bürgern vor dem Gesetz die gleichen Möglichkeiten zubilligt.

Israel müßte sich als integralen Teil des Nahen und Mittleren Ostens begreifen, und was die Palästinenserfrage angeht, die Lösung: Zwei Staaten für zwei Völker anerkennen. Es sind demokratisch kontrollierte Überwachungsorgane gegen die Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen in einer aggressiven Männergesellschaft (sowohl bei den Juden wie bei den Arabern) einzusetzen. In beiden Bevölkerungsgruppen muß es eine Trennung von Staat und Religion geben. Selbstbestimmung der arabischen Minderheit im israelischen Staat auf der Basis von Gleichberechtigung, *nicht statt* Gleichberechtigung.

Die Bewegung soll nicht zentralistisch sein, es soll überwiegend dezentrale Aktivitäten geben, die bestimmte Themen aufgreifen: die allgemeinen Menschenrechtserklärung soll auf Arabisch und Hebräisch in der Bevölkerung verbreitet werden, ebenso detaillierte Informationen zum Arbeitsrecht. Lehrpläne für die arabische Bevölkerung sollen erarbeitet werden. Eine Zeitung in arabischer Sprache ist schon in drei Nummern erschienen, die erste hebräische Ausgabe erscheint dieser Tage. An der Gründungsversammlung in Haifa haben ca. 300 Menschen teilgenommen, ein Drittel davon Juden. Die Aktivisten arbeiten bisher ohne Zuschüsse, ausschließlich ehrenamtlich, und die notwendigen Mittel kommen aus Spenden. Der Vorstand besteht aus 15 Personen, das Aktiv-Komitee zählt derzeit 60, je zur Hälfte AraberInnen und JüdInnen – unter den letzteren viele Sepharden, die

sich von der Bewegung auch eine Verbesserung ihrer eigenen (Diskriminierungs-)Situation erhoffen.

Einer der führenden Köpfe dieser Bewegung ist Azmy Bishara, der schon verschiedentlich an Israel-Palästina-Veranstaltungen hier in Berlin teilgenommen hat. Er ist Philosophiedozent an der Bir-Zeit-Universität und am Van-Leer-Institut in Jerusalem und war früher in der Kommunistischen Partei, aus der er 1980 ausgetreten ist. In einem Interview mit der Zeitung *Chadashot* erklärte er auf die Frage, als was er sich denn fühle, als Palästinenser, Weltbürger oder Israeli: „Ich bin Israeli nach meiner Staatsangehörigkeit und Palästinenser nach meiner nationalen Identität. Es ist weder gut noch schlecht, Palästinenser zu sein. Man ist es. Ich fühle mich als Humanist. Ich träume arabisch oder auch hebräisch; wenn ich philosophiere, denke ich deutsch. Vor einigen Tagen dozierte ich vor Studenten in der YMCA in Ramallah. Plötzlich stürmten israelische Soldaten in den Saal und begannen, auf den Köpfen der Studenten Stühle zu zertrümmern. Wie ich mich da gefühlt habe? Wie ein linker Israeli, der sich des Verhaltens der Soldaten seines Staates schämt, wie die meisten Leute von Shalom Achshav, die auch dagegen protestieren? Ich fühlte mich ganz als Palästinenser – die Soldaten hätten die Stühle auch auf meinem Kopf zerschlagen können.“

Seiner Meinung nach kann nur eine gemeinsame linke Bewegung von Juden und Arabern – christlichen und moslemischen, Drusen, Tscherkessen und wer sonst noch hier lebt – zu einer Neuorientierung der Politik in Israel führen. Durch den Niedergang mancher linker Parteien sei ein Vakuum entstanden, und der Brit Shivyon könnte diese Lücke füllen und zieht neue Menschen an wie etwa Prof. Baruch Kümmerling, Soziologe an der Universität Tel Aviv, Hannah Knaz aus dem Kibbutz Gan Shmu'el und andere. Vorläufig solle sich die Bewegung nicht als Partei konstituieren.

Die Linken hätten sich bisher auf die grundlegende Frage einer politischen Lösung des Palästina-problems konzentriert: Zwei Staaten für zwei Völker. Doch es ist kein palästinensischer Staat in Sicht, nicht einmal eine Autonomie, die diesen Namen verdient. Bishara meint, man sei vor allem deshalb nicht weitergekommen, weil man ins Zentrum nicht die Wahrung der unverbrüchlichen Menschenrechte gestellt hat. Hätte man das Hauptgewicht darauf gelegt, wären zumindest punktuelle Verbesserungen erreicht worden. Diese Einsicht hätten vor allem die Neueinwanderer aus den USA – Rabbiner und feministische Frauen – mitgebracht, aber auch Kibbutz-Mitglieder teilten sie. Wir werden hoffentlich noch von dieser Bewegung hören!

Aus der israelischen Presse

Ha'aretz vom 3.5.1992: Ida Nudel und Nathan Sharansky waren in der ganzen Welt als furchtlose Kämpfer für die Menschenrechte in der ehemaligen Sowjetunion bekannt. Sie saßen im Gefängnis oder unter Hausarrest und gehörten zu den engen Freunden von Andrej Sacharow. Die Welt sah ihren Kampf für die Auswanderung der sowjetischen Juden nach Israel als Kampf für die universalen Menschenrechte an. Und nun?

Ida Nudel ist *für* die Ansiedlung russischer Juden in der Westbank, und Sharansky kann gar nicht begreifen, was die Palästinenser denn noch wollen – da sie doch ihre Sprache sprechen dürfen, während Hebräisch in der UdSSR verboten war. In ihrer neuen Heimat schweigen sich die beiden über die Menschenrechte aus. Ein arabischer Dichter wird wegen seiner Gedichte verurteilt – wo sind sie? Tausende von Palästinensern sitzen ohne Gerichtsurteil in Gefangenenlagern – sie schweigen. Abi Nathan war monatelang als politischer Gefangener inhaftiert – von den beiden kein

Kommentar. Viele Palästinenser in den besetzten Gebieten haben keine Pässe oder Ausweise und sind damit faktisch staatenlos (und rechtlos) – kein Wort von den beiden! Palästinensische Schulen und Universitäten werden jahrelang geschlossen, ihre nationalen Symbole oder Fahnen sind bei hoher Strafe verboten, Versammlungs- und Redefreiheit sind ein schlechter Witz – und die beiden Freiheitskämpfer von gestern schweigen.

Vor einigen Wochen verbrannten israelische Besatzungssoldaten in der Universität von Hebron Hunderte von Büchern, einschließlich Gebetbüchern. Woran erinnert uns das?

Meron Benvenisti, der ehemalige stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem: „Auf beiden Seiten der ‚Grünen Linie‘ konsolidiert sich die Rassentrennung mehr und mehr. Sie gleicht derjenigen, die in den 50er und 60er Jahren in Südafrika geherrscht hat.“

Aufruf gegen atomare Aufrüstung

Sowohl das Nuklearwaffen-Monopol, das Israel im Nahen Osten hat, als auch die Verbreitung dieser Waffengattung ist äußerst gefährlich. Das Monopol insofern, als es ein falsches Sicherheitsgefühl vermittelt: Man könne diese Waffen eines Tages einsetzen und selbst unbeschadet daraus hervorgehen. Andererseits ist es nicht weniger furchteinflößend, wenn nicht nur Shamir und Sharon, sondern auch Assad und Saddam Hussein auf den Knopf drücken könnten. Es ist also sehr wichtig, die Diskussion darüber öffentlich zu führen. Das wäre auch ein Kampf für ein Mehr an Demokratie in Israel.

General Amnon Shahak, stellvertretender Generalstabschef, sagte dazu am 17.4.1992: „Ich glaube, der Staat Israel muß all seine Energie darauf verwenden, die Entwicklung von Nuklearwaffen in den arabischen Staaten zu verhindern. Meiner Meinung nach sind dazu die meisten, wenn nicht gar alle Mittel kosher.“

Vanunu-Komitee

„Dafür, daß er die Atom-Rüstung Israels veröffentlichte, gebührt ihm Dank und nicht 18 Jahre Isolationshaft. Wir fordern seine Freilassung und zugleich die Zerstörung der Hunderte von israelischen Atomwaffen als ersten Schritt zu einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten. Wir rufen alle Knesset-Abgeordneten, die sich dem Friedenslager zurechnen, dazu auf, die Frage der Atomwaffen in den kommenden Wahlen zu thematisieren und die Forderung in ihr Programm aufzunehmen, den Reaktor in Dimona für internationale Kontrollinspektionen zu öffnen.“ Gideon Spiro und Chaim Bar-Am

Landenteignung – Prof. Assa Kasher

Schon Mitte der 50er Jahre hat Israel große Flächen arabischen Landbesitzes enteignet, vor allem in Galiläa. Das Land wurde zum öffentlichen Gebrauch enteignet und an Kibbutzim und Moshawim übergeben, um neue jüdische Siedlungen und Städte zu bauen.

Dazu der Menschenrechtsanwalt Avigdor Feldmann: „Das Oberste Gericht hatte sich damals mit Dutzenden von Klagen gegen die Beschlagnahmungen zu befassen. Das Bild war immer das gleiche: Immer wurde Land von Arabern beschlagnahmt und an Juden übergeben. Das war der sogenannte ‚öffentliche Gebrauch‘ (for public use)!“

Konfiszierung von Personalausweisen

Aus dem *Ha'aretz*: Ein typischer Fall der Konfiszierung von Personalausweisen, zusammen mit anderen bürokratischen Schikanen, ist der der Familie H. aus dem Dorf Silwan bei Jerusalem. Über das Dorf wurde der Ausnahmezustand verhängt. Um 4 Uhr früh wurden alle Männer über 16 Jahre in den Hof der Dorfschule beordert. Dort überprüften Offiziere, wer noch Steuerschulden hatte. Sechs Angehörige der Familie H. waren mit den Zahlungen im Rückstand. Daraufhin wurden ihre Personalausweise einbehalten und sie wurden bis 13 Uhr in einem Klassenzimmer festgehalten. Als dann die Ausgangssperre aufgehoben wurde, brachte man die Sechs ins Büro der Zivilverwaltung, wo sie bis zum Abend bleiben mußten (die ganze Zeit ohne Essen, versteht sich). Bei ihrer Entlassung wurden ihnen die Ausweise nicht zurückgegeben. Ohne Ausweis zu sein heißt: überall aufgegriffen werden zu können, nicht in Israel arbeiten zu dürfen, verhaftet und mit Geldstrafen und Gefängnis bestraft werden zu können. Noch viermal kehrten die Sechs zum Büro der Zivilverwaltung zurück. Vergeblich. Nach einem Monat wandten sie sich an *Hotline*, die den Fall an die ACRI (*Association for civil rights in Israel*) weitergaben, die ihn ihrerseits zusammen mit einer Liste von ähnlichen Fällen an den für die besetzten Gebiete zuständigen Staatsanwalt weiterleitete.

Postgeheimnis

Aus *Davar* (einer dem Ma'arach nahestehenden Zeitung): Ein Angestellter der israelischen Postbehörde, der anonym bleiben möchte, berichtete unserer Zeitung, daß sehr oft private Post geöffnet wird, die von Neueinwanderern aus der ehemaligen UdSSR an ihre Verwandten in der früheren Sowjetunion geschickt wird. Ca. 200 Postangestellte seien dafür eingesetzt. Der Sinn ist offenbar, Informationen darüber zu erhalten, was die Neueinwanderer über ihre Situation und ihre Einstellung zum israelischen Staat schreiben und wie sie ihre Einwanderung nach Israel beurteilen. Nach dem israelischen Gesetz ist das Öffnen von Post durch Personen, an die die Postsendung nicht adressiert ist, eine strafbare Handlung, die mit Strafen bis zu sechs Monaten für Privatpersonen, für Postangestellte bis zu drei Jahren Haft geahndet wird. Einzige Ausnahme: die Militärzensur. Gemäß den Sicherheitsbestimmungen (Defense Regulations) ist diese Behörde ermächtigt, Postsendungen zu öffnen, ihre Auslieferung zu verzögern oder sie sogar zu vernichten, wenn diese der öffentlichen (der Gesellschafts-?) Ordnung schaden können.
Sind wir schon so weit??

Aus Ha'aretz, frei nach dem Schriftsteller Yizchar Smilansky:

Wie in den frühen Zeiten der Kolonisation überall in der Welt, kamen die Missionare vor den Soldaten, und die Bibel rechtfertigte die Okkupation. Wenn man die besetzten Gebiete „Judäa“ und „Samaria“ nennt, ist dieser aus der Bibel abgeleitete Anspruch nichts anderes als die selbstgerechte Heuchelei der Kolonisatoren überall sonst. Auch hier fängt es mit der Veränderung, in diesem Fall Hebraisierung der Ortsnamen an und endet mit der Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung. Der biblische Name verschleiern und verdeckt, daß es um Plünderung, Raub und Verbannung geht. Würde ein Jude jemandem erlauben, in sein Haus, seinen Hof einzudringen, an seinem Platz zu siedeln, ohne daß er zumindest versuchen würde, das zu verhindern? Würde er auf jede Art von Widerstand verzichten und dem Eindringling nicht entgegentreten? Und wenn doch: Würde der Jude dann sich selbst als Mörder, Terroristen, Aufrührer bezeichnen, oder würde er wissen, daß er seine eigene Existenz verteidigt in diesem ungerechtesten aller Kriege? Gewalt wird keine Lösung

bringen. Eine Lösung kann es nur geben, wenn sie vom beiderseitigen Wunsch, von der beiderseitigen Bereitschaft zu Konzessionen und Kompromissen getragen wird. Feuer kann Feuer nicht löschen, Gewalt nicht Gewalt ausmerzen. Statt Menschen der besetzten Gebiete des Landes zu verweisen müssen die eingedringenden Siedler aus Silwan hinausgeworfen werden. Der größte Feind des Staates Israel und des jüdischen Volkes heute ist die gegenwärtige Regierung unter der Führung des amtierenden Premierministers. Deren Politik ist der größte Feind für die Zukunft Israels.

Yael Dayan im Al Ha'Mishmar vom 7.2.1992:

Yael Dayan, Tochter des berühmt-berüchtigten, inzwischen verstorbenen Generals Moshe Dajan, Mitglied der Arbeitspartei und konsequente Friedenskämpferin, zum Muttertag:

„Ich kann den Muttertag nicht ausstehen. Verschont mich mit Frühstück im Bett und schön eingepackter Parfümseife! Wann ist für die *Frauen in Schwarz* Muttertag? Jeden Freitag, wenn sie bespuckt und mit obszönen Gesten bedacht werden? Wann für die Mütter der im Libanonkrieg getöteten Soldaten oder für die Kinder, deren Mütter getötet wurden? Die Witwe von Mustafa Aqawi, der in einem Sicherheitsgefängnis zu Tode gefoltert wurde, hat den mißhandelten Körper ihres Mannes am Muttertag erhalten. Das hat nichts mit Parfümseife zu tun. doch mit dem ‚moderaten physischen Druck‘, der laut Obberichter Dr. Landau gegenüber palästinensischen Gefangenen erlaubt ist. [Ich komme noch darauf zurück. A.F.]

Und da ist die Witwe von Awad Bakkit, eine Mutter von sechs Kindern, der ebenfalls am Muttertag die Leiche ihres Mannes überstellt wurde, von Kugeln durchsiebt, die vom Militär ‚versehentlich‘ auf einen arabischen Bus in der Nähe des Gaza-Streifens abgefeuert worden waren. Diese Woche wurde auch der Körper eines 12jährigen Jungen seiner Mutter in einem Flüchtlingslager bei Nablus übergeben, mit einer Kugel im Kopf. Auch das war ein „Versehen“, und das Militär stellt nun Nachforschungen an.

Shafik Habib inhaftiert

Ha'aretz vom 27.4.1992 meldet: Der israelisch-arabische Dichter Shafik Habib ist zu 8 Monaten Haft auf Bewährung einer Geldstrafe von 7.500 Shekel verurteilt worden, weil er Gedichte über die Intifada und das Militär geschrieben hat – aufgrund von Gesetzen, die 1948 von der englischen Mandatsmacht übernommen wurden. Angeklagt wurde er wegen eines Gedichtbands „Zurück in die Zukunft“. Alle Exemplare wurden beschlagnahmt. Die bekannten jüdisch-israelischen Schriftsteller Amos Oz, A.B. Yehoshua sowie der arabisch-israelische Dichter Emile Habibi protestierten – ohne Erfolg.

Emile Habibi, dem vor kurzem der Israel-Preis für arabische Literatur verliehen wurde, konsequenter Nonkonformist und politisch ein Verfechter des „sowohl als auch“, bezeugt seine innere Zerrissenheit in dem Roman „Der Peptimist“, der inzwischen in 12 Sprachen übersetzt wurde. Auch um den an ihn verliehenen Israel-Literaturpreis für arabische Literatur hat es viel Wirbel gegeben. Viele Palästinenser verübelten es ihm, daß er zu einer Zeit, da die Friedensverhandlungen stagnieren und die Unterdrückung fortbesteht, einen Preis aus der Hand von Shamir annimmt. Auf der anderen Seite wurde er von rechten Israelis beschimpft und ausgebuht, weil er seinen Preis dem Krankenhaus Al-Mukassad in Ost-Jerusalem, als den Opfern der Intifada, zugutekommen lassen will. Schließlich, wiederum aus der Reihe tanzend, sagt Habibi, er habe Zustimmung ganz offiziell von der PLO, nicht von dem Dichter Mahmud Darwish bekommen, und er sehe in dem Preis die An-

erkennung, daß es eine eigenständige arabische Literatur in Israel gibt, und verstehe ihn als Würdigung seines lebenslangen Eintretens für jüdisch-arabische Koexistenz.

Das ist ein Dilemma. Meines Erachtens sind beide Standpunkte vertretbar.

Shulamit Aloni – in Al Ha'Mishmar vom 2.5.1992:

Shulamit Aloni, die Vorsitzende der RAZ-Partei, fragt: „Wo sind die Künstler und die Intellektuellen, wenn die Menschenrechte verletzt werden? Warum haben nicht alle ihre Stimme erhoben für den Dichter Shafik Habib? Unter dem britischen Mandat scheint es mehr Redefreiheit gegeben zu haben als heute! Ich habe auch keine Proteste gehört, als man den russischen Künstlern [Neueinwanderern] verbot, ihre Bilder auszustellen, da – nach Mehrheitsbeschluß in der Knesset – die Darstellung von nackten Körpern „abscheulich“ und „unmoralisch“ sei.

Bericht der Kontrolleurin des Staatshaushalts, Miryam Porat

Artikel von Uzi Bensiman im *Ha'aretz* vom 28.4.1992

Miryam Porat hat grobe Unregelmäßigkeiten und private Bereicherungen bei den Ministerien für Wohnungsbau, Erziehung, Gesundheit, Militär, Integration von Neueinwanderern aufgelistet. Sie nennt die Verantwortlichen für die Finanzen unverantwortlich und unbeherrscht, wirft ihnen private Bereicherung vor, aufgeblasene Rechnungen für sogenannte Geschäftsessen, für Nachtclub-Besuche, Wochenendurlaube mit Ehefrauen in Luxushotels, wie etwa bei der Wohnungsbaugesellschaft für Sozialwohnungen AMIDAR ein Wochenende für 30.000 Dollar. Mit am schlimmsten hat sich die religiöse Schass-Partei aufgeführt bzw. deren Knessetabgeordneter Ya'ir Levy und ihre beiden Minister Arye Dery und Raffael Pinchasy und deren Untergebene. Frau Porat schreibt: „Diese Leute meinen, der Staat gehöre den Parteien und sie könnten sich selbst bedienen.“ Das Ministerium für Neueinwanderer gebe fast alles Geld an die religiösen Parteien, statt es gleichmäßig an alle zu verteilen. Pessach-Pakete an Bedürftige wurden nach Listen verteilt, auf denen bereits verstorbene Personen aufgeführt sind. Der Tsahal (das Militär) hat im Golfkrieg z.T. verrottete Gasmasken an die Bevölkerung ausgegeben. Dem Wohnungsbauminister Sharon warf sie unkontrollierte Vetternwirtschaft vor.

Der Artikel endet mit dem Satz: „Wem das Geld zu Kopfe steigt, der verliert jegliches Maß.“

Ha'aretz, 30.1.1992:

Aharon Dom, führendes Mitglied der Siedlungsstadt Kirjat Arba bei Hebron, sagt: „Unter uns gesagt, sie [die Palästinenser] haben gewonnen. Nicht gewonnen in dem Sinn, daß wir ab morgen nicht mehr in Kirjat Arba oder Ma'ale Adumim sein werden. Aber sie haben in dem Sinn gewonnen, daß wir in den Augen der Welt die Besatzer sind und sie die Unterdrückten: Wir kamen, um *ihr* Land zu rauben, nicht, um *unseres* zu besiedeln. In diesem Sinn haben sie gewonnen, und es ist dieser Sieg, der alles andere in den Schatten stellt.“

General Rafael Eitan (Tsomet-Partei): „Die Araber in Israel sind *der* Feind, bis sie das Gegenteil beweisen. Ein konkreter Vorschlag: Jemandem, der nicht im israelischen Militär dient [was die arabischen Israelis nicht tun, A.F.], sollte auch nicht erlaubt werden, für die Knesset zu wählen.“

PHR – die israelisch-palästinensische Ärzteorganisation für Menschenrechte

Besuch in der Westbank: Qalqilya, Tulkarem, Nablus. Wir sind mit Dr. Ruchama Marton und einer arabisch-israelischen Studentin von Tel Aviv in den Kibbutz Yakum gefahren, um Dr. Me'ir Liron abzuholen, den Leiter einer Inneren Abteilung des Ichilov-Krankenhauses – der größten Klinik in Tel Aviv – abzuholen. In Qalqilya ließen wir unser Auto mit den israelischen Nummernschildern stehen und stiegen in eines mit Westbank-Kennzeichen um, das uns ein arabischer Medizinstudent zur Verfügung stellte. Dieser Student erkundet auch immer, wo Menschen ohne Krankenversicherung medizinische Hilfe benötigen – die meisten Menschen in den besetzten Gebieten haben keine Krankenversicherung. Unterwegs sind überall neue Siedlungen der von Arik Sharon geförderten Siedlerbewegung Gush Emunim zu sehen. In Nablus waren wir in einer chirurgischen Klinik mit einigen Betten zu Gast, die ein sehr gut Hebräisch sprechender palästinensischer Arzt leitet, der auch als Übersetzer fungierte. Es wartete dort schon eine Anzahl Patienten auf uns, denn unser Besuch war angekündigt. Ein Vater stellte seine zwölfjährige Tochter vor, die sich bis zu ihrem fünften Lebensjahr normal entwickelt hatte, dann aber starke Beschwerden in den Armen, vom Ellbogen abwärts bekam. Dr. Liron beschloß, sie zur Diagnostik in sein Krankenhaus mitzunehmen. Dann war da ein Patient, selber Arzt, der im Gefängnis auf den Kopf geschlagen worden war und nun nach und nach seine Sehkraft verliert. Er sieht nur noch ca. einen halben Meter weit und kann nicht mehr allein auf die Straße gehen usw. Auch er ist nicht versichert. Dr. Liron wird arrangieren, daß ihn ein guter Arzt vorerst kostenlos „als Berufskollegen“ behandelt, bzw. erst einmal diagnostische Untersuchungen macht. Zwei weitere, optimistisch stimmende Fälle: Ein ehemaliger Häftling des Lagers Ansar mit Hodenkrebs, der dort keinerlei medizinische Hilfe bekommen hatte, weil es keine gab, wurde auf Vermittlung der Ärzteorganisation PHR in England operiert, und ist nun beschwerdefrei. Ein zwölfjähriger Junge, der Wasser in den Lungen hatte. Sein Vater wurde von den Ärzten angeleitet, ihm regelmäßig bestimmte Spritzen zu geben – er ist heute gesund. Selbstverständlich waren aber auch Menschen da, denen nicht geholfen werden konnte.

An der Tankstelle in Qalqilya wechselten wir wieder das Auto. Mit uns war ein jüdischer Arzt und eine junge Ärztin, Mutter von drei kleinen Kindern, die einmal im Monat ihren Shabbat für diese medizinische Hilfe opfert. Wir trafen uns dort mit fünf palästinensischen Ärzten und dem Medizinstudenten, den wir schon von unserem vorigen Besuch in Nablus her kannten und der für uns dolmetschte. Zusammen fahren wir nach Tulkarem, wo wir eines der 35 Zentren des Medical Relief Committee in den besetzten Gebieten besuchten. Es ist eine Poliklinik, die täglich geöffnet ist und eine große Mutter-Kind-Betreuungsabteilung hat. Im Korridor saßen etwa 50 bis 60 Menschen, die auf einen Arzt warteten. Geplant war die Klinik eigentlich nur für täglich 25 bis 30 Patienten. Die Patienten bezahlen einen kleinen symbolischen Betrag, Familien von Häftlingen und Bedürftige werden ganz kostenlos behandelt. Ggf. werden die Patienten in Krankenhäuser überwiesen, wobei immer die Kostenfrage ein Problem ist, denn die meisten sind nicht krankenversichert. Die Klinik hat mehrere Abteilungen: Innere Medizin, Allgemeinmedizin, eine für Kinder, eine für Diabetiker und eine für Haut- und Augenkrankheiten. Auch ein Labor ist vorhanden.

Zu unserer nächsten Station, Anabta, nahmen neu hinzugekommene Ärzte große Kartons mit den verschiedensten Medikamenten mit, es waren zum größten Teils Spenden oder mit Spendenmitteln gekaufte Medikamente, die eine mittlere Apotheke hätten füllen können. In Anabta stießen noch zwei Schweizer zu uns: einer von der dortigen oppositionellen „Jüdischen Gruppe“ mit einer Photographin, die eine Ausstellung vorbereitet, und ein Freund der Jüdischen Gruppe Berlin. Wir fanden

in Anabta ein gut gepflegtes, schönes, einstöckiges Gebäude vor, das bereits 1965 von der Women's Charity Association gebaut worden war. Es hat zehn Räume für 120 Kinder im Alter von 3-6 Jahren, eine Krippe mit Betten für 14 Kleinkinder von berufstätigen Müttern. Es gibt acht bis zehn Kindergärtnerinnen, in der Krippe arbeiten zwei Frauen. Alle erhalten eine warme Mahlzeit pro Tag. Es gibt auch eine Gruppe von ca. zehn behinderten Kindern (offensichtlich mit mehrfachen Behinderungen).

Bei unserer Ankunft gegen Mittag wurden die Kinder, soweit sie nicht nach Hause gingen, auf den Spielplatz oder in drei Räume geschickt, fünf Zimmer wurden die Ärzte freigemacht. Pro Fachgebiet arbeiteten jeweils ein jüdischer und ein arabischer Arzt zusammen, und die Patienten, überwiegend Frauen, wurden ihnen nach einer zuvor erstellten Liste geschickt. Die Behandlung ist unentgeltlich. An diesem Tag gab es Beschwerden wie Bluthochdruck, Atembeschwerden, Gelenkrheumatismus, Rückenschmerzen, Diabetes. Auch Operationswunden wurden nachbehandelt. Auf Gesundheitsvorsorge wird großes Gewicht gelegt, es liegen bunte Faltblätter mit Informationen über Würmer, Hautkrankheiten, Durchfallerkrankungen, Hygiene, Mutter-Kind-Pflege etc. aus. Erstaunt hat mich besonders die große Zahl älterer Menschen. Auf meine Frage erfuhr ich, daß es ein besonderes Programm für alte Menschen gibt. Neben der medizinischen Versorgung findet eine Art Sozialarbeit statt. Es werden warme Mittagsmahlzeiten ausgegeben, und wenn jemand zu krank ist, um herzukommen, werden sie ihm auch nach Hause gebracht. Auch die Reparaturarbeiten am Haus – nach dem vergangenen strengen Winter besonders nötig – gehören mit zum Programm.

Anschließend hatten wir ein Gespräch mit der Leiterin des Projekts und dem Team. Es war das typische Bild einer Männergesellschaft: Auf den bequemen Sesseln an den Wänden des Büros hatten die Männer – Ärzte und andere, die auch dort arbeiten – Platz genommen. Wir sechs, die von außerhalb gekommen waren – die anderen waren schon in Richtung Jerusalem abgefahren –, betraten den Raum, als nur noch ein Sessel frei war. Da schleppten doch die Frauen, die anwesenden Kindergärtnerinnen und Pflegerinnen, von überallher Stühle in den Raum, damit wir uns setzen konnten. Von den Männern bekam keiner den Hintern hoch: sie grinsten freundlich und ließen die Frauen schleppen. Bei dem informativen Gespräch blieb alles, was mit Familienplanung zusammenhängt, eine offene Frage. Anscheinend ist das ein Tabu-Thema. Auf die Frage, ob eine Frau, die nicht mehr schwanger werden will, deren Mann aber anderer Auffassung ist, hier vom Zentrum, das ja auch für Frauenfragen zuständig ist, Hilfe bekommen könne, erhielten wir nur ausweichende Antworten, z.B.: „Wir besprechen in der Gruppe jeden Fall einzeln.“ Aber einen Gynäkologen oder ärztliche Beratung gibt es im Dorf nicht. Da müsse frau nach Nablus fahren. Uns waren klar, wie schwierig es unter diesen Umständen für eine Frau ist, sich entsprechende Hilfe zu holen. Wie soll eine Bauersfrau das schaffen, ohne Begleitung des Ehemannes oder sogar gegen seinen Willen zum Arzt zu fahren? Oder soll sie diese Probleme in einer Gruppe besprechen, damit dann am nächsten Tag das ganze Dorf davon erfährt? Unmöglich! Kurzum, es tut sich nichts auf diesem Gebiet. In den arabischen Dörfern innerhalb Israels ist das anders: Dort können sich die Frauen bei der Krankenkasse [die in Israel immer auch Ambulatorien unterhält], durch die allgemeine Aufklärung oder Bekanntschaft mit Jüdinnen Rat holen. Hier in Anabta gibt es das alles nicht. Und für die jüdisch-israelischen Ärzte ist es sehr schwer, dieses Thema hier offen anzusprechen, ohne in den Verdacht zu geraten, sie wollten die Geburtenziffern der arabischen Bevölkerung senken. Doch eine Ärztin erzählte mir im Vertrauen, sie habe einer Frau auf deren Bitte die Pille verschrieben. Doch das erzählte sie mir nur unter vier Augen. Es ist alles sehr kompliziert. Das angegliederte Frauenzentrum

bietet zwar auch Kurse an, aber leider nur die traditionellen: im Nähen, Sticken, Töpfern und Alphabetisierungskurse.

Tag der Gefangenen – Prisoner's Day

Vor dem Frauengefängnis in Tel Mond wurde von der Frauenorganisation für politische Gefangene (WOFPP) eine Demonstration organisiert. Der Bus aus Jerusalem mit 60 Plätzen war voll. Es waren vor allem Palästinenserinnen gekommen, Mütter und Schwestern von Gefangenen, oder Frauen, die selbst dort eingesperrt hatten. Einige kannte ich von Photos, die ich bei der Organisation gesehen hatte. So die Frau mit der von Schlägen gebrochenen Nase und die Mutter von Intissar El Qaq, die ihr Baby gefesselt im Gefängnis geboren hatte. Als das Baby ein Jahr alt wurde, durfte es laut den Bestimmungen nicht mehr im Gefängnis bleiben, und Intissar übergab es ihrer Mutter. Ein Drittel der Frauen waren jüdische Israelinnen, wobei zu betonen ist, daß es ein normaler Arbeitstag war.

Wir standen mit unseren Plakaten gegen Folter und für die Freilassung einer krebserkrankten Gefangenen entlang der sehr verkehrsreichen Straße vor dem Gefängnis. Dann gingen wir um den ganzen Komplex herum, bis die Zellengebäude in Sicht kamen. Die Gefangenen wußten offenbar von unserer Demonstration und winkten uns mit bunten Tüchern und Kleidungsstücken aus den Zellenfenstern zu. Wir winkten natürlich zurück, bis wir vom Gefängnispersonal vertrieben wurden. Zum Schluß bedankte sich die Mutter der krebserkrankten Gefangenen Rabiha Shetai sehr herzlich bei uns für die erwiesene Solidarität. Sie erzählte von den Torturen, die ihre Tochter durchmachen mußte, daß man sie bei strenger Winterkälte im Gefängnishof angekettet hatte und ihr fast die Fesseln an die Hände anfroren.

Am 14.4.1992 fand dann ein von den WOFPP vorbereitetes Treffen in Jerusalem statt, an dem sich entlassene Gefangene und Familien von Gefangenen beteiligten. „Ehregast“ war Wattan, das Baby von Intissar El Qaq.

Besuch in Deheishe, einem der größten Flüchtlingslager der Westbank, in der Nähe von Bethlehem

Der Besuch galt der schon im Lager geborenen Ehefrau und den zwei Kindern eines Palästinensers, der jetzt in Berlin studiert. In diesem von einer Mauer umgebenen Lager leben ca. 10.000 Menschen auf engstem Raum zusammen. Die Abwässer fließen zum Teil offen durch die engen Wege zwischen den Häusern. Doch in der engen Wohnung ist alles reinlich – für die Bewohner ein Anliegen, um sich ihre Selbstachtung, ihre Menschenwürde zu bewahren. Wie muß sich wohl der alte Vater fühlen, ein Bauer aus einem Dorf, das von der Landkarte verschwunden ist, der hier seinen Lebensabend zubringt, oder die Jugend, die hier aufwächst und das Leben von einst nur aus den Erzählungen der Alten kennt?! Trotzdem wurden wir als Gäste aufs herzlichste empfangen, wohin wir auch kamen, wurde Frieden für Araber und Juden gewünscht, und wir wurden mit schmackhaften Speisen bewirtet, die sich die Menschen wahrscheinlich vom Munde abgespart haben. Sie wissen wohl zu unterscheiden zwischen Siedlern und Soldaten auf der einen und „normalen“ Israelis, die sie besuchen kommen, auf der anderen Seite. Freundinnen von mir hatten Kleidung und Spielzeug gesammelt, die im Lager verteilt werden. Im Lager gibt es eine Art von eigenem Sozialdienst.

Besuch beim Women's Action Committee in Beth Chanina bei Jerusalem und in Beit Sahour bei Bethlehem

Die Vorsitzende des Komitees versuchte zwar immer wieder, die Einigkeit und die Gemeinsamkeit des palästinensischen Volks in der Intifada darzustellen, doch sie mußte zugeben, daß viele Fehler begangen worden sind, daß es nicht immer demokratisch zugehe und das Los der Frauen immer schwerer werde. Das Komitee versucht deshalb, kleine Projekte zu initiieren, die sich selbst erhalten können und in denen eine gewisse Zahl von Frauen ihren Lebensunterhalt verdienen kann. Wir sahen eine Ausstellung von Stickerei- und Email-Arbeiten. Manche der Frauen, die uns begleiteten und unverschleiert waren, erzählten, so könnten sie in Gaza nicht auf die Straße gehen, dort würden sie wahrscheinlich von den Männern angegriffen. Keine Frau wage sich dort mehr unverschleiert auf die Straße.

Dann besuchten wir das Projekt in Beth Sahur bei Betlehem. Dort wird Marmelade aus dort angebautem Obst hergestellt, die sich gut verkaufen läßt. Inzwischen stellen sie auch andere Lebensmittel her, Fertiggerichte, die zu Hause nur noch gebraten oder gekocht werden müssen und die sich immer größerer Beliebtheit erfreuen, da in dem Dorf mit einer größtenteils christlichen Bevölkerung viele Frauen als Lehrerinnen oder Sekretärinnen berufstätig sind und sich so die Küchenarbeit erleichtern können. Manchmal wird auch auf Bestellung gearbeitet. In diesem Projekt haben fünf Frauen Arbeit und Brot gefunden. Ihr Einkommen beträgt 400 Shekel (ca. 280 DM) im Monat. Das ist nicht viel, aber sie sind zufrieden, daß sie zumindest das verdienen.

Auf dem Weg von Bethlehem nach Jerusalem sehen wir viele ganz neue Siedlungen von Gush Emunim oder Containersiedlungen für die russischen Juden. Rund um das Kloster soll überdies der Boden für weitere jüdische Siedlungen enteignet werden.

Kritik der Frauen an der Intifada-Führung

Obwohl die palästinensischen Frauen von Anfang an aktiv an der Intifada beteiligt waren, haben die Männer sie inzwischen wieder in die Küche, sogar in die alte Kleiderordnung zurückgedrängt. Obwohl die Flugblätter des UNC (United National Committee), der Vereinten nationalen Führung des Aufstands, die Frauen ständig dafür preisen, daß sie in der Intifada eine so große Rolle spielen, kritisieren sie die Unterdrückung der Frauen innerhalb der Familie nicht. „Das UNC hat faktisch dazu beigetragen, die Intifada zu untergraben, indem sie 50 % der Bevölkerung, nämlich die Frauen, unter Küchenarrest stellen ließ“, sagte eine Aktivistin. Eine Lösung des Palästina-Problems liegt zwar noch in weiter Ferne, doch eine Reihe von PalästinenserInnen hat jetzt schon erkannt, daß *allein* die nationale Befreiung die Freiheit, für die sie kämpfen, nicht bringen kann.

Die Intifada-Führung hatte zuerst die Losung ausgegeben, nicht mehr in den jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zu arbeiten. Doch eigentlich war klar, daß das nicht durchzuhalten sein würde, denn Hunger tut weh. Also gab die Führung wieder eine Losung heraus, die die Arbeit gestattete. Auch die Läden werden hier und da am Nachmittag wieder geöffnet. Die Intifada verliert also nach und nach an Energie. Doch niemand weiß, was in dieser aussichtslosen Lage explodieren wird.

Kritik gibt es auch an der Delegation bei den Friedensgesprächen. Sie manövriere sich in immer weitergehende Konzessionen hinein, setze nie eine Grenze: „Bis hierher und nicht weiter!“ Verständlich ist das schon, denn niemand will daran „schuld“ sein, wenn die Friedensgespräche scheitern.

Kav La'oved – Besuch in Gaza bei der Gewerkschaft

Nurit Gat, Professorin für Literatur und Übersetzerin und Ehefrau des bekannten israelischen Journalisten Amos Kenan, gab uns ihr Auto, da sie selbst nicht mit nach Gaza fahren konnte. Mit uns fuhr eine schwedische Journalistin und eine Kindergärtnerin aus Herzliya, die Kleidung für die Kinder in Gaza sammelt und, als Anthroposophin, mit den Kindern Puppentheater spielt. Auf ihre Initiative arbeitet inzwischen ein Psychologen-Team mit Kindern aus Gaza, die unter einem Trauma aus der Besatzungszeit leiden. Isla Gade, Professorin für Kulturwissenschaften an der Bir Zeit Universität und kürzlich zu einem Gastvortrag im Berliner Haus der Kulturen der Welt, spricht über die Radikalisierung der Kinder unter Gewaltverhältnissen und Militarisierung, die schwere psychische Schäden verursacht (auf beiden Seiten übrigens).

Die Organisation Kav La'oved (Worker's Hotline) kümmert sich um die Rechte der Arbeiter aus dem Gaza-Streifen, die zur Arbeit nach Israel kommen. Ihnen werden unverhältnismäßig hohe Sozialabgaben abgezogen, ohne daß sie deshalb in den Genuß von Arbeitslosengeld, Kindergeld, Krankenversicherungsleistungen, Altersrente, Abfindung bei Entlassung etc. kämen. Sie erhalten nichts, obwohl das ungesetzlich ist. Kav La'oved fährt zweiwöchentlich nach Gaza. Mir wurde erzählt, einmal habe sogar der Muezzin ihren Besuch vom Minarett ausgerufen – wer eine Beschwerde oder Frage habe, könne sich an sie wenden. Im Büro der Gewerkschaft, in der wir zu Gast sind, steht ein langer Tisch. Auf der einen Seite sitzen die Leute von Kav La'oved, JüdInnen und PalästinenserInnen, auf der anderen Seite die Petenten mit ihren Zetteln, Abrechnungen und Briefen, mit denen sie sich nicht zurechtfinden. Jede Nachricht, jeder Brief, jede Abrechnung wird ihnen auf Hebräisch zugestellt. Sie kommen teils wegen früherer Anfragen, teils um einen Antrag zu stellen, Eingaben beim Gericht zu machen, Vollmachten zu unterschreiben etc. Die Leute von Kav La'oved haben die nötigen Formulare mitgebracht und füllen sie aus. Pro Antrag, der dann von einem der mit Kav La'oved zusammenarbeitenden Anwälte bei Gericht eingereicht und vertreten wird, bezahlen die Arbeiter einen symbolischen Betrag von ca. 5 DM. Ein Drittel dieses Betrags geht an die Gewerkschaft. Die hilfeschuchenden Arbeiter zahlen gern, gelingt es doch in vielen Fällen, ihnen zu dem ihnen zustehenden Geld zu verhelfen.

Eigentlich wäre das alles Aufgabe der israelischen Gewerkschaft Histadrut. Doch die Rolle der Histadrut, zu der übrigens der DGB gute Beziehungen unterhält, ist nicht eben rühmlich. Sie erhebt von den in Israel arbeitenden Palästinensern Mitgliedsbeiträge, ohne ihnen gewerkschaftlichen Schutz zu gewähren. Tarifverträge werden nicht ins Arabische übersetzt. Auch das erschwert es den palästinensischen Arbeitern, ihre rechtmäßigen Forderungen gegenüber den Unternehmern geltend zu machen. Palästinensische Arbeiter haben daraus Konsequenzen gezogen und zur Selbsthilfe Interessenverbände neben oder in Kooperation mit den palästinensischen Gewerkschaften gegründet, die sich offiziell nur um die Belange der Arbeiter innerhalb der besetzten Gebiete kümmern dürfen. Solche Zustände führten zwangsläufig dazu, daß sich palästinensische Gewerkschaftler aktiv für die Beendigung der Besatzung einsetzen. Seit Dezember 1987 beteiligen sie sich aktiv an der Intifada, und sie waren immer besonderen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt: Immer wieder wurden Gewerkschaftler verhaftet und des Landes verwiesen.

Doch den Namen „Gewerkschaft“ tragen diese palästinensischen Organisationen eigentlich zu Unrecht: Sie dürfen die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz in Gaza – soweit ein solcher vorhanden ist – nicht organisieren, nur individuelle Beratungen sind möglich – keinerlei kollektive Aktivitäten. Sie

dürfen keine Filialen außerhalb des Gazasteifens eröffnen, haben kein Telephon, rein gar nichts. Hinzu kommt noch, daß sie das Land nicht verlassen, also nicht zu Gewerkschaftskongressen etc. fahren dürfen, im Gegenteil: viele ihrer Aktivisten werden in Administrativhaft genommen und exiliert. Denn für die Militärbehörde ist es ein leichtes, jede Aktivität als „politisch“ einzustufen. Der Vorsitzende, Rasem el Beyar, war in Administrativhaft, und vier Aktivisten wurden des Landes verwiesen. Andere sitzen noch ein. Übrigens haben sie nicht nur Hilfe von Kav La'oved, sondern auch aus den Reihen der RAZ, der bekanntesten Bürgerrechtspartei in Israel. Wenn man sich die Liste der deportierten Palästinenser anschaut, stellt man fest, daß es sich überwiegend um gesellschaftlich aktive Menschen, Ärzte, Anwälte, Lehrer, Gewerkschaftler etc., handelt. Der einzige Grund ist stets: „Politische Betätigung“.

Wir sprachen mit einem palästinensischen Anwalt, der unter Hausarrest steht, aber im Besitz aller vier Magnetkarten ist, die er braucht, um arbeiten zu können: Erstens der Personalausweis; zweitens eine Karte, daß er nach Israel fahren darf; drittens eine Karte, daß er seine Mandanten im Gefängnis besuchen und vor Gericht auftreten darf; die vierte bestätigt, daß er seine Steuern bezahlt hat und das Haus auch während der Ausgangssperre verlassen darf. Doch das alles nützt ihm im Augenblick wenig, da er wegen sogenannter politischer Betätigung unter Hausarrest steht.

Wie sieht es in der israelischen Friedensbewegung aus?

Heute besteht die Friedensbewegung fast nur aus Juden und ganz wenigen Palästinensern. Außer von den schon erwähnten Organisationen – Kav La'oved/Worker's Hotline, der Ärzteorganisation PHR etc. – und von einzelnen Künstlern, Psychologen und einer Handvoll Intellektueller ist kaum eine Aktivität spürbar. Die Kommunistische Partei hat, wie in aller Welt, an Anziehungskraft verloren und das Terrain ist leider weitgehend den Islamisten zugefallen. Die Demonstration zum 1. Mai, an der ich teilnahm, war kümmerlich.

Die Resignation bei Israelis und Palästinensern ist groß. Allgemeine Müdigkeit macht sich breit. Der Schwung zu Beginn der Intifada ist vorbei. Die *Frauen in Schwarz* stehen zwar tapfer weiter bei Schnee, Regen und Hitze, in Jerusalem 60 bis 70, andernorts weniger. Doch die Besatzung dauert ungehindert und mit stets wachsender Grausamkeit an. An dem Tag, als ich in Gaza war, warfen israelische Soldaten nach einer Demonstration, wie der *Ha'aretz* vom 27.4.1992 meldete, vierzig (!) Gasbehälter in die Häuser, denn Demonstrationen sind grundsätzlich verboten. Dabei starb eine 80jährige Frau. Zwar stand auf dem Totenschein Herzversagen, doch es stand ebenfalls dort, daß man in ihren Lungen das umstrittene gefährliche Tränengas gefunden hat.

Shalom Achshav/Peace Now, die größte Friedensbewegung, rührt sich kaum noch. Man sammelt Geld in den USA. Es gibt zwar eine Führung, doch keinerlei Kontrolle von der Basis. Eigentlich gibt es nur die Fahne, die ab und zu einmal herausgeholt wird. Die bekannte Malerin Ruth Schloss, die man die „Käthe Kollwitz Israels“ nennt, sagte: „Früher gingen wir auf die Straße, wenn ein einziges arabisches Kind erschossen worden war. Wir stellten uns vor die Bulldozer, wenn Häuser zerstört werden sollten. Heute haben wir uns an all das gewöhnt!“ Dabei gibt es mehr Landbeschlagnahmen und Häusersprengungen denn je. Auch die Folterungen gehen weiter – nicht nur, um Geständnisse zu erpressen, sondern aus reiner Schikane.

Ein Soldat, ein russischer Neueinwanderer, folterte Gefangene 24 Stunden lang, er schloß etwa die Tür, wenn der Fuß des Gefangenen darin steckte, usw. Keiner war da, um ihm Einhalt zu gebieten. Doch im nachhinein haben sogar etliche Soldaten die Folterungen bezeugt. (*Ha'aretz*, 27.4.1992)

Am Anfang der Intifada ging wegen der Grausamkeiten ein Aufschrei durch die israelische Öffentlichkeit. Friedensaktivisten waren Tag und Nacht unterwegs. Menschen haben Beruf, Studium und Familie vernachlässigt. Nun stehen alle vor einem Scherbenhaufen. Was wurde erreicht? Wenig!! Die politische Kultur hatte sich verändert. Bis dahin inaktive Menschen trafen sich zu politischen Protesten, durchschauten Zusammenhänge, die ihnen früher verschlossen waren. Doch auf die Regierungspolitik hat dies so gut wie keinen Einfluß gehabt. Die aktiv gewordenen Menschen wurden nicht zum Machtfaktor. Die Israelis, die dabei waren, hatten so ein besseres Gewissen, und den Palästinensern machte es Hoffnungen. Doch diese Hoffnung trott, wie sich nun zeigt. Nichts, aber auch gar nichts hat sich zu ihren Gunsten verändert, keine Lösung für ihre Grundprobleme ist nähergerückt., ganz im Gegenteil! Verständlich, daß sie das Wort „Dialog“ nicht mehr hören können. Dialog mit wem? Worüber? Mit welchem Ziel? Sind sie denn gleichberechtigte Partner? Sie sind das Blabla leid. Sie sehen keinen Silberstreifen am Horizont.

Die Wahlen werden kaum etwas ändern. Seit 1967 sind ca. 1.600 Personen exiliert worden, plus die jetzt anstehenden 11 Deportationen. Nur elf dieser Exilierungen sind unter einer Likud-Regierung durchgeführt worden, die meisten haben unter Moshe Dayan, also unter der Regierung der Arbeitspartei (1967-73), und dann unter Rabin und Peres stattgefunden, also ebenfalls unter der Arbeitspartei oder, wie sie sich jetzt nennen, des Ma'arach.

Besuch beim Anti-Folter-Komitee in Jerusalem

In mehr als einem Drittel aller Länder der Welt wird gefoltert. Israel ist dabei nicht der schlimmste Folterstaat, doch es ist zweifelsfrei erwiesen, daß bei Verhören gefoltert wird und daß seit Beginn der Intifada Folter und Mißhandlungen zur Routine geworden sind. Anfangs wurde diese Tatsache, die nur von Anwälten und den Häftlingen selbst dargestellt wurde, schlicht geleugnet. Selbst wenn an den Körpern der Häftlinge Folterspuren sichtbar waren, logen die Sicherheitsbeamten vor Gericht.

Seit Ende 1987 hat sich das geändert. Der wiederaufgenommene Fall des Tscherkessen Nafsu – eines ehemaligen Armeeeoffiziers, der aufgrund eines unter Folter erpreßten falschen Geständnisses zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden war – stellte die Sicherheitskräfte des Shabak (auch unter der Abkürzung Shinbet bekannt) bloß. Sie hatten sechs Jahre lang gelogen – bis sich herausstellte, daß ein ganz anderer die dem Tscherkessen vorgeworfene Tat (Verrat eines Militärgesheimnisses) begangen hatte, und der Prozeß wieder aufgerollt wurde. Seither gibt es immer wieder Anschuldigungen gegen die Sicherheitskräfte. Oft wird die Sache vertuscht, doch es bleiben berechtigte Zweifel.

Jüdische und palästinensische Bürgerrechtsorganisationen – unter ihnen B'Tselem – haben Fälle gesammelt und dokumentiert. Auch über die immer gleichen Foltermethoden, zu denen auch Elektroschocks gehören. Schon mehrfach hat sich amnesty international eingeschaltet und protestiert. Ende 1989 wurde das Komitee gegen Folter gegründet. Es arbeitet auf drei Ebenen:

4. Öffentlichkeitsarbeit
5. Einzelfallbetreuung – Beschwerden vor Gericht und Veröffentlichung der Beweise

6. Es bemüht sich, die Geheimparagrafen des sog. Landau-Reports zu veröffentlichen, auf den sich die Verhörer stützen, wenn sie Gewalt anwenden.

Der Richter Dr. Moshe Landau war Vorsitzender der Kommission, die den Fall Nafsu untersucht hatte und in dem veröffentlichten Teil ihres Berichts „moderaten physischen und psychischen Druck“ zulässig nannte. Was aber soll das heißen? Immerhin starben mehr als zwei Dutzend Gefangene bei Verhören! Zwei junge israelische Soldaten, die wegen Sicherheitsvergehen angeklagt waren, wurden übrigens denselben Foltermethoden unterworfen wie die Palästinenser (auch Nafsu ist Israeli). Beide verübten danach Selbstmord und hinterließen Briefe, die – zusammen mit ihre Lebensgeschichte – 1991/92 in *Ha'aretz* und *Chadashot* veröffentlicht worden sind.

Interessanterweise wollte sich die ACRI, mit ihren 30 full-time-Mitarbeitern die größte Bürgerrechtsorganisation in Israel, lange nicht um das Problem der Folter in Israel kümmern, eine Zurückhaltung, die wohl dem Wunsch entsprang, das Bild Israels in der Welt nicht zu beschädigen. Deshalb ist das Komitee gegen Folter gegründet worden. Der us-amerikanische „New Israel Fund“, der im allgemeinen fortschrittliche Aktivitäten in Israel unterstützt, wollte dem Komitee zunächst keine finanzielle Unterstützung zukommen lassen, wahrscheinlich aus dem gleichen Grund. Doch das hat sich inzwischen geändert, denn nun liegen die Fakten auf dem Tisch und sind nicht mehr wegzuleugnen. Dazu haben auch die Untersuchungen von amnesty international beigetragen. Prof. Yesayahu Leibovitz zum Thema Folter: „Damit hat Israel sich selbst aus der zivilisierten Welt ausgeschlossen. Man ist nicht verpflichtet, die Gesetze eines Landes zu achten, wenn dieser Staat Folterungen zuläßt.“

Angriffe israelischer Under-cover-Einheiten – Kontroversen um den Schießbefehl in den besetzten Gebieten

Nach einem Zwischenfall im Dorf Dura bei Hebron ist die Diskussion um den Schießbefehl der israelischen Soldaten in den besetzten Gebieten aufs neue entbrannt. Laut den veröffentlichten Berichten eines jüdisch-israelischen Ehepaars, Elimelech, das eine arabische Familie in dem Dorf besuchte, sollen in Zivil gekleidete Angehörige einer Spezialeinheit, der „Shimshonim“, ohne Vorwarnung auf zwei verummte Palästinenser geschossen haben, die Parolen an Häuserwände malten. An diesem Tag sollte eine Gedenkfeier für einen getöteten Palästinenser stattfinden, und die israelische Armee erwartete, daß wie immer zu solchen Gelegenheiten Jugendliche Losungen an die Häuserwände malten. So geschah es auch. Einer der beiden Palästinenser war sofort tot, der andere schwer verletzt. Das jüdische Ehepaar, das vom Haus ihrer Bekannten aus zusah, rief empört: „Hört auf, wir sind Juden!“ Sie protestierten laut, daß die Soldaten sich nicht an die Gesetze gehalten hätten, nach denen Schießen nur in Notwehr erlaubt sei. Daraufhin kamen die Soldaten ins Haus, bedrohten und schubsten das jüdische Ehepaar grob herum und warnten die palästinensische Gastfamilie, sie dürften keinerlei Aussagen machen. Eine am nächsten Tag einberufene Untersuchungskommission der Armee kam zu dem Schluß, daß die Aussagen des Ehepaars Elimelech unglaubwürdig seien und die Armee in Notwehr gehandelt hätte. Doch die Aussagen des Ehepaars erregten einiges Aufsehen in der Öffentlichkeit, zumal der Mann nach eigenen Angaben Likud-Anhänger und keineswegs ein Sympthisant der Arbeitspartei ist. Am nächsten Tag kam eine Gruppe israelischer Soldaten in das Haus der palästinensischen Gastfamilie und schlug den Mann zusammen. Der Offizier der Gruppe sagte: „Dein Glück, daß ich gestern nicht hier war. Das wäre dir schlecht bekommen!“

Nachspiel: Regierungskritik an der Fernsehberichterstattung

Die Affäre hatte noch eine weitere Pointe: Die populäre Nachrichtensendung am Freitagabend berichtete über den Zwischenfall ausführlich und stellte eigene Untersuchungen an. In der Kabinettsitzung am Sonntag drückten der Generalstabschef und einige Minister ihren Unmut über die „Art der Berichterstattung“ aus: der Standpunkt der Armee sei nur unvollständig (!) wiedergegeben worden. Noch am selben Tag wurde die Angelegenheit an das Direktorium der staatlichen Fernsehgesellschaft weitergeleitet, die kurzerhand für die Absetzung der beliebten Sendung votierte.

Ein Haarschnitt für Samson

[Samson, auf Hebr. Shimshon, ist der biblische Held, dessen Stärke in seinen Haaren lag. Shimshon heißen heute die Sondereinheiten, die „Gesuchte“ – Palästinenser, die sich aus Angst vor Verhaftung versteckt halten – töten. Sie fahren stets Autos mit arabischen Nummernschildern und kleiden sich wie Araber.]

Am 23.4.92 wurde ein Araber, der auf ein Militärauto „Hure“ geschrieben hatte, zu drei Monaten Haft, weiteren vier Monaten auf Bewährung und außerdem zu einer Geldstrafe von 300 Shekel verurteilt.

Zu vier Monaten auf Bewährung wurden zwei Soldaten der Einheit Shimshon verurteilt, weil sie in Khan Younis (im Gaza-Streifen) ohne ersichtlichen Grund zwei alte Palästinenser zusammengeschlagen hatten. Selbst als die beiden alten Männer schon blutüberströmt auf dem Boden lagen, schlugen sie weiter zu. – Doch beide Soldaten zusammen wurden zu weit weniger verurteilt als der Junge, der „Hure“ auf das Militärauto schrieb.

Shimshon müssen schleunigst die Haare geschnitten werden!

B. Michael in *Ha'aretz* vom 26.4.1992 (Auszüge)

Todesurteile ohne Gericht

Was die Extremisten immer gefordert hatten und was in der Knesset nicht beschlossen werden konnte, erledigen jetzt die Sondereinheiten des Tsahal, die Shimshonim. Die gezielten Todesschüsse treffen tatsächlich immer sogenannte „Gesuchte“ nach vorbereiteten Listen. Es trifft nie zufällige Passanten. Bis jetzt wurden auf diese Art 28 bis 30 „Gesuchte“ hingerichtet.

Ayman Atiyeh Mayabadeh aus Allar bei Tulkarem kam vorigen Dienstag früh nach Hause, wusch ich, aß etwas und verließ das Haus wieder, um sich zu verstecken. Aus einem scheinbar verlassenem Gebäude wurden zwei Schüsse auf ihn abgefeuert, ohne jede Vorwarnung. Er war sofort tot. Drei Männer zogen den Leichnam noch ein Stück auf der Straße weiter und ließen ihn dann liegen. Die drei Männer verschwanden sofort in einem Auto mit Nummernschildern aus den besetzten Gebieten. Nachbarn beobachteten den Vorfall angsterfüllt von ihren Fenstern aus. Seit einigen Monaten ist so etwas gang und gäbe. Gefangene werden nicht gemacht: Es ist die Ausführung einer Hinrichtung ohne Gerichtsurteil. Immer mehr Soldaten melden sich freiwillig für diese Einheit.

Gideon Levy in *Ha'aretz* vom 26.4.92 (Auszüge)

Aus dem Bericht von B'Tselem über den Tod des 23jährigen Palästinensers Jamal Ghanem

Am 21.4.92 verübten in Zivil gekleidete Soldaten der under-cover-Einheit einen weiteren Mord an einem „gesuchten“ Aktivisten. Jamal Ghanem wurde während eines Fußballspiels kaltblütig erschossen. Alle Ausgänge des Platzes waren besetzt, man hätte seiner leicht habhaft werden können. Zudem hatte er, Augenzeugenberichten zufolge, die Hände über den Kopf erhoben, als der die Situation erkannte. Dennoch wurde er erschossen.

Mann-Sein, Sexismus und Militarismus in Israel

Schon vor 1948 stand für die zionistische Arbeiterbewegung die Staatsgründung im Vordergrund und hatte Vorrang vor allen anderen Fragen und Problemen. Und die Frage der Staatsgründung war

gleichbedeutend mit der Frage der Sicherheit. Heute wird die Sicherheit von den israelischen Geheimdiensten verkörpert. Von Kindesbeinen an wird dazu erzogen: „Du wirst einmal Soldat!“ Das ist die höchste Ehre und das höchste Ziel. Das alles beherrschende Sicherheitsdenken hat zu emotionaler Verkrustung und Gefühllosigkeit anderen gegenüber geführt. Darüber hinaus wird allen israelischen Männern der Eindruck vermittelt, ihre nationale und ihre Geschlechtsidentität seien ein und dasselbe. Die hebräische Sprache bestätigt und verstärkt diesen Zusammenhang zwischen Geschlecht und Militarismus: „Gewer“ = Mann hat denselben Stamm wie „Gibor“ = Held und „Gwura“ = Heldentum: Heldentum ist männlich. Noch deutlicher wird es bei den Wörtern für Kampf und Waffen: „Kle-zayin“ (Waffe) enthält „zayin“ = Schwanz oder Penis. Waffen heißen im Hebräischen also wörtlich: Penisgeräte. Das Verb für „die Waffe benutzen“ heißt auch „Geschlechtsverkehr haben“. Das Wort „Kibush“ heißt Eroberung, sei es eine militärische oder die des Frauenherzens, aber auch die Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens durch Israel war ein „Kibush“.

Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“), die Organisation der Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern

Natürlich gibt es auch Männer, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern. Ihre Zahl liegt bei etwa 1.200. Der größte Gelehrte und unerbittlichste Kritiker Israels, Yesayahu Leibovitz, sagte dazu in einem Interview mit Gideon Spiro (*Semit*): „Die Verweigerung ist eine Sache von Mut und Heldentum. Nicht wegen der Gefahr, daß man jedermal 28 bzw. 35 in den Knast kommt. Das ist nicht angenehm, aber man stirbt nicht daran. (...) Man ist bereit, einen gesetzlichen Befehl nicht zu befolgen, weil es etwas gibt, das in den eigenen Augen größer ist als der Staat, die Heimat, die Nation etc. Das erfordert große seelische Stärke. (...) Deshalb predige ich für den Aufstand. Deshalb bin ich dafür, daß die Verweigerung organisiert wird.“ Auf die Frage, was in seinen Augen die Palästinenser seien, die gegen die israelische Besatzung kämpfen, Freiheitskämpfer oder Terroristen, antwortete Leibovitz: „Natürlich Freiheitskämpfer!“

Arafat überlebte die Notlandung seines Flugzeugs – Reaktionen

Als der glückliche Ausgang dieser Notlandung in der Wüste klar war und sich die Spannung löste, ließ die palästinensische Bevölkerung ihrer Freude freien Lauf. Die Geschäfte öffneten und die Menschen kamen aus ihren Häusern. Sie sangen, tanzten und umarmten sich. In verschiedenen Teilen der besetzten Gebiete kam es zu spontanen Demonstrationen. Süßigkeiten wurden an Kinder verteilt, Luftballons mit palästinensischen Fahnen stiegen in den Himmel. Die Demonstrationen endeten mehrfach in Zusammenstößen mit dem Militär, in denen die Soldaten Reizgas, sogenannte Gummigeschosse und scharfe Munition einsetzten. 80.000 Einwohner in der Westbank waren drei Tage lang unter Ausgangssperre. Ein Bewohner Ramallahs kommentierte das Verhalten der Armee mit den Worten: „Wenn wir zornig sind, gefällt ihnen das nicht. Sind wir glücklich, sind sie auch nicht zufrieden.“

Stellungnahme des Weltsicherheitsrats zu den Ereignissen in Raffah (Gaza-Streifen)

In Raffah hat die israelische Armee am 1.4.1992 das Feuer auf eine Demonstration von Palästinensern eröffnet. Vier Palästinenser wurden auf der Stelle getötet, sechs weitere lebensgefährlich verletzt. 80 Personen mußten in den umliegenden Krankenhäusern behandelt werden. Der Weltsicherheitsrat konnte sich am 4.4. 92 nur zu einer Stellungnahme, nicht zu einer Resolution durchringen.

Er zeigte sich „ernsthaft betroffen über die Verschlechterung der Situation ... blablabla...“ Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten alle Gewaltakte in Raffah usw. usf. Alles wie gehabt! Ein Palästinenser, der von Feisal Hussein vor drei Wochen zum Berater der palästinensischen Delegation bei den Friedensverhandlungen ernannt worden war, wurde des Landes verwiesen. Begründung: Er sei PLO-Aktivist (!).

Kommunalwahlen – Israels Köder

Die israelische Regierung hat verlauten lassen, daß sie unter bestimmten Umständen bereit wäre, in den besetzten Gebieten Kommunalwahlen „zur Probe“ zuzulassen. Diese Taktik zielt auf die Spaltung der palästinensischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, die nun hin- und hergerissen ist zwischen ihrer Hauptforderung nach einem Siedlungsstopp einerseits und diesem „Angebot“, das anzunehmen viele Einwohner der besetzten Gebiete sie drängen. Israel hätte sein Ziel erreicht, wenn die palästinensische Delegation jetzt von Diskussionen über Details der Kommunalwahlen so absorbiert würde, daß darüber das Thema Siedlungen in den Hintergrund gerät.

Die israelische Regierung weiß gut, daß die Menschen in den besetzten Gebieten endlich greifbare Ergebnisse sehen wollen. Die Euphorie zu Beginn der Gespräche vor sechs Monaten ist schon längst der Skepsis gewichen. Was bringt der sogenannte Friedensprozeß den Menschen in ihrem Alltagsleben? Ihre Erwartungen, es würde zumindest kleine Gesten der Entspannung, der Erleichterung von der israelischen Militärverwaltung geben, sind enttäuscht worden. Israel ist nach wie vor die Quelle aller Autorität in den besetzten Gebieten und das soll auch so bleiben. Darum lehnt die Mehrzahl der Palästinenser den sogenannten Autonomieplan der Israelis als einen „Plan für ein Apartheidssystem“ ab.

Israel andererseits will nichts von einem palästinensischen Vorschlag wissen, der dem israelischen Verhandlungsteam in Washington vorgelegt worden ist. Dieser Plan sieht freie demokratische Wahlen für ein palästinensisches Selbstverwaltungsgremium in der (in Camp David) von Israel vorgeschlagenen fünfjährigen Übergangszeit vor. Die so gewählte parlamentsähnliche Institution soll nach dem Plan der Palästinenser für die gesamten besetzten Gebiete und deren Bodenschätze zuständig sein. Vorbedingung ist allerdings ein Siedlungsstopp und die Freilassung aller politischen Häftlinge. Die israelische Delegation hat diesen Plan als indiskutabel und unsinnig zurückgewiesen, weil er die „vorbereitenden Schritte für einen künftigen palästinensischen Staat“ darstelle.

Die – von der BBC sehr gelobten – Vorschläge Israels, etwa daß die Palästinenser ihre Krankenhäuser künftig allein verwalten dürfen, sind einfach lächerlich. Wo ist die Infrastruktur des Gesundheitswesens? Woher sollen die Mittel kommen, da doch das gesamte Budget unter israelischer Kontrolle bleibt? Das ist keine Zwischenlösung, sondern Kolonialismus! Nur wenn die Palästinenser ihre Vertreter in demokratischen Wahlen unter internationaler Kontrolle, und nicht unter Militäraufsicht, wählen könnten, wäre das ein Schritt in die richtige Richtung.

Womöglich enden die Friedensverhandlungen für die Palästinenser mit eitel Augenwischerei. Vielleicht werden die USA Israel dazu zwingen, auch Palästinenser, die seit 1948 ins Exil gegangen (worden) sind, in die Gespräche miteinzubeziehen. Aber wie? Bei Separatverhandlungen mit einzelnen arabischen Staaten wie Syrien, Jordanien und Libanon. Da sollen dann jeweils ein oder zwei Exil-Palästinenser anwesend sein. Das würde genau in das israelische Konzept passen, mit den jeweiligen arabischen Staaten einzeln zu verhandeln und nicht über die Palästinenserfrage als Ganzes mit den Vertretern der Palästinenser selbst zu verhandeln.

Benyamin Netanyahu, Vize-Außenminister, zu den von Israel angebotenen Kommunalwahlen (laut *Ha'aretz* vom 29.4.92): „Es sind keine allgemeinen Wahlen, denn die PLO ist verboten und ihre Mitglieder gehören ins Gefängnis. Wir werden alles tun, um die Bevölkerung und die PLO zu trennen. Vertreter der PLO dürfen sich nicht zur Wahl stellen!“

Schluß

Eine Verfassung und ein Grundrechtskatalog, der die universellen Menschenrechte enthält, ist dringend notwendig!

Der Staat Israel hat bekanntlich keine Verfassung. Das ist kein Zufall. Religiöse und nichtreligiöse Parteien haben sich zusammengetan, um eine demokratische Verfassung zu verhindern (das hat damals Ben Gurion ausgehandelt). Erstere, weil sie überzeugt sind, daß die einzig gültige Verfassung für einen jüdischen Staat die Tora ist. Für sie widerspricht etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Gleichstellung aller Bürger, unabhängig von Religion, Rasse und Geschlecht, dem religiösen Gesetz. Die Nichtreligiösen wiederum befürchten, daß durch eine demokratische Verfassung eine ganze Anzahl von Gesetzen und Institutionen hinfällig würde, die zwischen Juden und anderen unterscheiden. Man muß kein Prophet sein, um vorherzusehen, daß eine solche Verfassung, selbst wenn sie eine Mehrheit in der Knesset fände, in der Schublade verschwinden würde. Denn keine Regierung, ob von Shamir oder von Rabin, wird sie hervorziehen, solange sie die religiösen Parteien brauchen, um eine funktionsfähige Koalition zu bilden.

Zu den Friedensverhandlungen

Die palästinensische Delegation, deren Mitglieder sämtlich PLO-Anhänger und von dieser bestätigt worden sind, ist weder ideologisch noch programmatisch festgelegt. Ging es auf einem einmal eingeschlagenen Weg nicht weiter, wurde – unter dem einzigen Aspekt des übergeordneten Ziels – eine neue Taktik, eine neue Strategie gewählt. So erklärt sich die nur scheinbar widersprüchliche Mischung aus Dogmatismus (im Hinblick auf das Ziel, einen palästinensischen Staat) und Flexibilität (was die Wege zu diesem Ziel angeht)...

Feisal Hussein hat bisher konsequent alle Möglichkeiten ausgeschöpft, indem er Spielräume nutzte und auch über Minimallösungen konkret verhandelte, statt fruchtlos über Maximallösungen zu streiten. Aber hat er noch Möglichkeiten?

Alle bisherigen Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzer, die „Politik der eisernen Faust“ ist weiter in Kraft. Die Welt hat sich anscheinend – angesichts all der anderen weltweiten Probleme vielleicht verständlich – an das Leiden eines geknechteten, entrechteten Volkes gewöhnt. Es ist, als frage die Welt erstaunt: „Was wollen sie denn eigentlich noch? Laufen denn nicht Friedensgespräche?“
Leider ist das alles, was ich zu berichten habe.

